

19

Hamburg, 11. Mai 1957

Sprecher: Adenauer, Bach, von Brentano, Cillien, Dichtel, Erhard, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Hellwig, [Frau Jochmus], Johnen, Kiesinger, Krone, Lemmer, Lensing, Lübke, Lünendonk, Meyers, Oberländer, Osterloh, Schröder, Stoltenberg, Storch, Frau Weber.

Bericht zur politischen Lage. Stand der Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf. Ablauf des Bundesparteitages. Verschiedenes.

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 20.00 Uhr

Teildruck in SCHWARZ: Reden S. 353–360

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß Sie ebenso wie ich das Haus hier richtig gefunden haben. Auf der Einladung steht nicht, wo die Sitzung des Bundesparteivorstandes stattfinden soll; offenbar haben wir es aber doch gefunden.

Zum heutigen Programm der Tagesordnung möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir die Punkte 2 und 3 umkehren, daß wir also sagen: 1. Bericht zur politischen Lage und 2. Stand der Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf; denn das hängt viel enger zusammen als der Ablauf des Bundesparteitages. Ich darf wohl annehmen, daß Sie damit einverstanden sind.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Adenauer: Meine Damen und Herren! Der Bericht über die politische Lage steht natürlich auch unter dem Zeichen des kommenden Wahlkampfes. Darf ich zunächst feststellen, ob wir wirklich ganz unter uns sind und keine Fotografen und niemand uns hören kann; denn nur dann kann man ruhig und offen miteinander sprechen. Aus den Sitzungen des Parteivorstandes der SPD bekommen wir ja die entsprechenden Mitteilungen. (*Heiterkeit.*) Ich sähe es wirklich nicht gern, wenn das vice versa ebenso geschähe.

Die politische Lage werden wir, wie ich eben sagte, unter dem Gesichtspunkt des kommenden Wahlkampfes betrachten müssen. Hier möchte ich zunächst in

Stichworten sagen: Das ganze Geschehen in der letzten Zeit, wie europäische Verträge¹, NATO-Sitzung in Godesberg², Besuch des britischen Ministerpräsidenten in Bonn³, das Schreiben oder der Aufruf der 18 Wissenschaftler⁴ und von Albert Schweitzer⁵ sowie die gestrige Sitzung des Bundestages⁶, alles das steht in einem engeren Zusammenhang. Von heute ab sind es nicht einmal ganz vier Monate bis zur Bundestagswahl. Wenn sich nicht etwas Unvorhergesehenes ereignet, kann man davon ausgehen, daß sich der Bundestagswahlkampf in erster Linie abspielen wird im Zeichen der Außenpolitik, und zwar im Hinblick auf die atomare Aufrüstung. Nach dem ersten Auftreten der 18 Wissenschaftler war nach den Berichten, die wir von der ADK gehabt haben – die wahrscheinlich Hunderte von Versammlungen abgehalten haben mit Diskussionen usw. –, eine Wirkung dieser Erklärung der Wissenschaftler nicht vorhanden.

Das Bild hat sich aber schlagartig geändert durch den Aufruf von Albert Schweitzer. Albert Schweitzer ist für die allermeisten Deutschen ein Begriff, auch für die jungen Leute, man schätzt ihn sehr hoch, mit Recht. Sie kennen die vielen Bücher, die über ihn geschrieben und in sehr vielen Exemplaren verbreitet worden sind. Was Albert Schweitzer gesagt hat, ist von einem Großteil der deutschen Bevölkerung als ein Evangelium hingenommen worden. Und dann hat Herr Ollenhauer in irgendeinem Interview sofort erklärt – ich weiß nicht, ob Sie es gelesen haben –, das wird unser Wahlschlag werden.⁷

Ich gestehe Ihnen – deswegen habe ich eben gefragt, ob man hier unbehorcht sprechen könnte –, daß ich mit einer gewissen Besorgnis erfüllt war und vielleicht auch jetzt noch bin. Nach einer Rundfrage von Allensbach, die nicht veröffentlicht worden ist, haben 67 % der Befragten sich gegen uns ausgesprochen.⁸ Die Frage lautete allerdings nicht so: Welche Partei ziehst du vor? oder: Sind Sie mit der Politik einverstanden? – sondern die Frage lautete: Sollen die atomaren Proben eingestellt

1 Am 26. März 1957 waren die EWG- und EURATOM-Verträge unterzeichnet worden (Texte in AdG 1957 S. 6338–6353; Annahme in Bundestag und Bundesrat am 5. Juli 1957). Vgl. auch ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 265–273.

2 Vom 2. bis 3. Mai 1957 in Bonn (Reden und Communiqué in AdG 1957 S. 6423f.).

3 Premierminister Macmillan war vom 7. bis 9. Mai 1957 in Bonn (AdG 1957 S. 6432f.).

4 Gemeint ist die sog. „Göttinger Erklärung“ vom 12. April 1957. Darin sprachen sich 18 Wissenschaftler gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr aus, befürworteten aber die friedliche Nutzung der Kernenergie (Text des Aufrufs in AdG 1957 S. 6385).

5 Dr. Albert Schweitzer (1875–1965), elsässischer evangelischer Theologe, Philosoph, Arzt und Musiker, hatte am 23. April 1957 über Radio Oslo vor der atomaren Gefahr gewarnt (Text in AdG 1957 S. 6397–6399).

6 Diskutiert wurde die Große Anfrage der Fraktion der SPD betr. Atomwaffen (BT-Drs. 3347 vom 2. April 1957). – Sten.Ber. 2.WP Bd.36 S. 12051–12145.

7 Auf einem SPD-Bezirksparteitag in Gelsenkirchen (vgl. „Die Welt“ vom 29. April 1957). Vgl. zum Folgenden auch ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 296–301.

8 Im März 1956 sprachen sich 32 % für, 49 % gegen eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr aus, im April 1957 waren es 17 % für, 64 % dagegen (Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964. Hrsg. von Elisabeth NOELLE und Erich Peter NEUMANN. Allensbach 1965 S. 471).

werden oder nicht? (*Erhard*: Soll die Bundeswehr damit ausgerüstet werden? – das war die Frage!) Ja, das war die Frage. Eine ähnliche Frage wurde im März des vergangenen Jahres gestellt. Meiner Erinnerung nach haben sich damals 36 % der Befragten im Sinne dieser Frage, also gegen uns, ausgesprochen. Diesmal waren es 67 %.

Meine Freunde! Ich muß Ihnen sagen, das war ein Schock, weil diese Frage nicht irgendwie rational, mit irgendeiner Überlegung, sondern einfach emotional beantwortet wurde. Und gegen solche Emotionen anzugehen, das ist außerordentlich schwer.

Der gestrige Tag, um das vorwegzunehmen, war nicht für die SPD, sondern es war für die Regierungskoalition ein wirklicher Erfolg; ich glaube, nach jeder Richtung hin kann man das sagen. Man sah es auch den Gesichtern der Sozialdemokraten an. Sie hatten als ersten Redner zunächst Herrn Erler vorgeschickt, ein sehr gewandter Redner, der zuerst sehr anständig spricht, dann aber in den Anstand eine gute Dosis von etwas anderem hineinmischt. Dann haben sie Carlo Schmid vorgeschickt, dem man sichtlich anmerkte, daß er noch nicht soweit wiederhergestellt war, um der Strapaze gewachsen zu sein; insbesondere im zweiten Teil seiner Ausführungen war er offenbar dem Ganzen nicht mehr gewachsen. Später kam noch Herr Ollenhauer hinzu. Für uns hat gesprochen namens der Bundesregierung Herr Strauß; dann hat Herr Gerstenmaier eine ausgezeichnete Rede gehalten. Wir haben ihn aber geradezu notzüchten müssen, damit er diese Rede gehalten hat, weil er sagte, daß er als Bundestagspräsident nicht reden wolle. Er hat diese Rede aber schließlich doch gehalten. Dann haben noch verschiedene andere Herren gesprochen; auch ich habe zweimal das Wort ergriffen. Wir haben dann nachher unseren Vorschlag zur Abstimmung gebracht⁹, der mit großer Mehrheit angenommen worden ist. Der sozialdemokratische Antrag ist abgelehnt worden.

Es ist ganz interessant, Ihnen hier folgendes zu sagen; ich komme eventuell noch einmal darauf zurück. Der BHE hatte einen Antrag gestellt, der fünf oder sechs Punkte enthielt¹⁰; dreien davon konnten wir zustimmen, den anderen nicht. Herr Rasner hat ihnen mitgeteilt: Wollt ihr nicht gesondert abstimmen lassen, dann werden wir einigen von euren Vorschlägen zustimmen. Das haben sie getan, und wir haben ihnen zugestimmt. Die FDP hatte ebenfalls einen Antrag mit mehreren Punkten gestellt.¹¹ Herr Rasner hat ihnen dann dasselbe gesagt, aber die FDP hat sich geweigert, eine Einzelabstimmung über ihren Antrag herbeizuführen. Das Ergebnis war nun, daß – unter Stimmenthaltung der Sozialdemokraten – durch uns und die DP/FVP der Antrag abgelehnt worden ist.

Wenn auch der gestrige Tag wirklich ein Erfolg für uns gewesen ist, so glaube ich doch, weil es sich hier nicht um rationale, sondern um emotionale Dinge handelt,

9 Sten.Ber. 2.WP Bd.36 S. 12138 (Umdruck 1099 vom 10. Mai 1957).

10 Umdruck 1097 EBD. S. 12139.

11 Umdruck 1096 EBD.

daß wir noch eine große Aufklärungsarbeit vor uns haben, und zwar ist uns ganz unerwartet dieses Los auferlegt worden durch Albert Schweitzer. Hätte er nicht gesprochen, dann wäre die Sache ganz anders gekommen. Aber nun hat er es getan. Es wird zwar bestritten, daß das, was er gesagt hat, richtig und zutreffend sei, aber was er sagt, wird von den Menschen hier in Deutschland als ein Evangelium betrachtet, und das wird einfach geglaubt. Und nun werden wir, obwohl wir in den vergangenen Jahren eine sehr gute Arbeit geleistet haben, und alles das, was wir auf dem Gebiete der atomaren Aufrüstung gesagt haben und was völlig zu verantworten ist, uns mit dieser Frage in den kommenden Monaten auseinanderzusetzen haben.

Nun ist das eigenartige dabei, daß die Frage der Ausrüstung der Deutschen mit atomaren Waffen noch gar nicht irgendwie spruchreif ist.

Es ist wohl gut, wenn ich in diesem Kreise, soweit meine Kenntnisse reichen, etwas über die atomaren Waffen sage. Es gibt große, es gibt kleinere. Man hat zuerst die großen Waffen die strategischen Waffen und die kleineren die taktischen Waffen genannt. Zu den kleineren gehört jetzt schon die Hiroshima-Bombe. Aber die Strategen sagen mit Recht, man kann auch die kleineren Bomben strategisch benutzen. Deshalb sollte man nicht mehr den Unterschied zwischen „strategisch“ und „taktisch“ machen, sondern nur noch zwischen großen und kleineren. Gerade auf dem Gebiete der Verkleinerung der Bomben ist man erst in den Versuchen. Erst wenn die Versuche zu einem wirklichen Ergebnis geführt haben, dann steht die Frage zur Entscheidung: Soll die Bundeswehr mit diesen kleineren atomarischen Waffen ausgerüstet werden oder nicht?

Z.Z. ist man in den Vereinigten Staaten dauernd damit beschäftigt, ein Geschütz von 17,5 cm für solche atomarischen Bomben zu konstruieren. Natürlich kann man auch Geschütze von 10 und 12 cm konstruieren, aber ob man Bomben mit einem so kleinen Durchmesser herstellen kann, die dann noch eine atomarische Wirkung haben, das ist die große Frage. Diese Frage ist überhaupt noch nicht gelöst. Der erste Versuch zu einer Lösung war die 28-cm-Kanone, von denen sechs, glaube ich, in der Bundesrepublik sind. Sie haben sich bei dem NATO-Manöver als völlig unmanövrierfähig erwiesen, weil sie viel zu schwer waren und kaum ihren Platz wechseln konnten, so daß sie eigentlich völlig abgeschrieben sind. Ob man in zwei oder drei Jahren eine zu verschießende Granate konstruiert hat, die die Konstruktion von kleineren Geschützen zuläßt, damit sie den Truppen gegeben werden können, kann mit Sicherheit heute überhaupt noch kein Mensch sagen.

Ich darf noch einmal, damit Sie die Entwicklungsmöglichkeiten sehen, folgendes sagen: Es hat zuerst auf die Möglichkeit einer Kettenreaktion nuklearer Spaltungen Einstein aufmerksam gemacht, und zwar in einem Brief an Roosevelt; er hat aufgefordert, eine solche Bombe herzustellen im Kriege gegen Deutschland.¹² Dann haben

12 Albert Einstein (1879–1955), Physiker, Begründer der Relativitätstheorie. – Druck des Briefes vom 2. August 1939 in Albert EINSTEIN: Über den Frieden. Weltordnung oder Weltuntergang. Hrsg. von Otto NATHAN und Heinz NORDEN. Bern 1975 S. 309f.

sich die Amerikaner daranbegeben. Das Ergebnis dieses Briefes von Einstein war die Hiroshima-Bombe. Aber Einstein – und deswegen sage ich das – hat in demselben Brief, der abgedruckt ist und den jeder lesen kann, erklärt, diese Bombe würde so schwer und so groß sein, daß sie nicht einmal mit einem Flugzeug transportiert werden könnte, sondern nur mit einem Schiff. Wenn allerdings ein Schiff mit einer solchen Bombe in einen feindlichen Hafen gelange und die Bombe zur Explosion käme, würden der Hafen und alle Schiffe erledigt sein.

Man dachte also zu Anfang, man könne diese Kettenreaktion von nuklearen Spaltungen nur in einer Bombe erzeugen von einem Umfang, die nur durch ein Schiff transportiert werden könnte. Das hat sich im Laufe der Jahre geändert. Man transportiert sie heute mit Flugzeugen. Man kommt jetzt zu den Wasserstoffbomben, die auf einem ganz anderen physikalischen Prozeß beruhen. Ich will es nicht auseinandersetzen, damit Sie nicht meinen, ich wollte mich mit fremden Federn schmücken, die mir nicht zustehen. Es genügt, wenn ich sage: auf einem ganz anderen Prozeß. Soviel ich unterrichtet bin, sind auf dem Gebiete der Erzeugung atomarer Kraft, ganz allgemein ausgedrückt, noch große Überraschungen zu erwarten, so daß Atomphysiker schon jetzt das Uran als erledigt betrachten. Deswegen ist der Preis dafür außerordentlich stark gesunken. Wohin die Entwicklung gehen wird, kann kein Mensch sagen. Das ist auch gut so; denn wenn man das den Leuten sagt, verstärkt man noch die Furcht vor der ganzen Lage.

Das deutsche Volk ist eben nicht so wie die Engländer, denen ihre Regierung sagen konnte: Wir werden eine Wasserstoffbombe erzeugen, wir werden unsere ganze Rüstung darauf abstellen, ihr müßt euch sichern, so gut ihr könnt. Wir werden wohl dafür einiges tun, aber wir werden nur die Abschußstellen wirklich schützen. Das hat das englische Volk ruhig hingenommen.

Ich komme nun zu einer weiteren Phase der Entwicklung, das ist die Entwicklung der Rakete. Die Rakete ist früher als Geschütz in großem Umfang verwendet worden. Sie ist erst ausgeschieden, als wir die gezogenen Kanonenrohre hatten. Noch im vorigen Jahrhundert haben die Inder bei einem Aufstand gegen die Engländer die Engländer mit Raketenwaffen geschlagen. Jetzt ist man zu den Raketen zurückgekehrt. Man will jetzt Raketen konstruieren, die eine Reichweite und eine Treffweite von etwa 6.000 km haben. Das ist ungefähr die Entfernung von Moskau nach Washington.

Ob man dazu kommt, kann kein Mensch sagen. Wie weit man auf diesem Gebiete ist, wissen wir nicht. Wir vermuten aber – die Amerikaner vermuten das auch –, daß die Russen auf dem Gebiete der Raketenkonstruktion weiter sind als die Amerikaner, weil sich damals die Russen die Deutschen geschnappt haben, die mit der Konstruktion von solchen Waffen beschäftigt waren. Diese Rakete ist zunächst nichts anderes als ein Abschußgerät; aber wenn es gelingt, Raketen mit atomaren Sprengköpfen zu konstruieren, die tatsächlich auf eine Entfernung von 6.000 km mit ziemlicher Sicherheit treffen, dann ist – wir müssen den Dingen ins Auge sehen – die Situation auch für die Vereinigten Staaten eine ganz andere, als sie jetzt ist. Die Vereinigten Staaten brauchen jetzt Europa zum Schutz der Vereinigten Staaten,

darüber müssen wir uns völlig klar sein, und zwar insofern: Wenn das Kriegspotential der europäischen Länder und insbesondere der Bundesrepublik in die russische Hand kommt, dann werden sie mit den heutigen Waffen den Amerikanern gleichwertig sein. Wenn einmal die Konstruktion dieser Waffen so weit geht, daß sie von einem U-Boot oder von Rußland aus Amerika direkt angreifen und treffen können, dann ist natürlich die Situation für die Vereinigten Staaten eine völlig andere, als sie jetzt ist.

Ich halte mich verpflichtet, Ihnen das so ausführlich zu sagen, damit Sie den ganzen Ernst der Situation erkennen und damit wir auch gemeinsam beraten, wie wir uns in dieser Situation verhalten sollen. Obwohl erst in zwei oder drei Jahren die Frage akut werden wird, ob unsere Truppen kleinere Raketen oder kleinere Geschütze für atomare Waffen bekommen, ist diese Frage in aller Mund. Sie wird bei der Bundestagswahl eine entscheidende Rolle spielen. Es hilft nichts, daß wir die Augen davor verschließen. Man muß den Teufel mit Beelzebul austreiben. Wir können aber heute noch nicht – und im Parteiausschuß überhaupt nicht – in diesem Kreise definitiv dazu Stellung nehmen; wir müssen das alles nur einmal überlegen. Wir müssen unseren Leuten sagen: Ob nun die Bundeswehr einmal atomar aufgerüstet wird oder nicht, das ändert an unserem Schicksal gar nichts, im Gegenteil, wenn sie nicht atomarisch aufgerüstet wird, dann ist damit die NATO erledigt. Das habe ich auch den 5 Vertretern der 18 Atomphysiker, die ich eingeladen hatte zu einem Vortrag der Generale Heusinger und Speidel¹³, klargemacht, daß innerhalb der NATO, wenn ein Teil von ihr – das würden die Deutschen sein – minderwertiger ausgerüstet ist, eine einheitliche Lenkung und Leitung überhaupt nicht mehr möglich ist und daß selbstverständlich auch diese minderwertig ausgerüsteten Truppen, also die deutschen Soldaten, einen Minderwertigkeitskomplex gegenüber den anderen bekämen.

In den anderen europäischen Ländern sind die Menschen ganz anders. Auch der französische Verteidigungsminister¹⁴ hat gestern erklärt: Die französische Armee muß diese Waffen haben. Der Niederländer, der Schwede, der Däne, der Norweger, alle haben es erklärt, und die Bevölkerung steht hinter ihnen. Bei uns ist es anders. Und das ist eben eine wirklich große Schuld der SPD; denn die Hoffnung für die Menschheit besteht doch lediglich in der kontrollierten allgemeinen Abrüstung. Wenn sie nicht kommt, dann wird die Menschheit einer sehr, sehr ernsten Zukunft entgegensehen. Wenn man nun in diesem Augenblick, wie das die Sozialdemokraten versuchen, Erklärungen im Bundestag abgeben läßt, daß die zwölf deutschen Divisionen nicht die vollwertigen modernsten Waffen bekommen sollen, dann zerstört man die NATO. Und das ist das Entscheidende. Das ist auch gestern den Sozialdemokraten sehr deutlich gesagt worden. Man mindert dadurch die Erkenntnis der Russen, daß es auch für sie notwendig ist, abzurüsten. Also, die Aussichten einer Abrüstung werden

13 Am 17. April 1957 in Anwesenheit von Bundesminister Strauß (Kommuniqué und Kommentare in AdG 1957 S. 6392f.; vgl. Hans SPEIDEL: Aus unserer Zeit. Erinnerungen. Berlin 1977 S. 362f.).

14 Maurice Bourguès-Maunoury (vgl. „Die Welt“ vom 11. Mai 1957).

durch diese Agitation der Sozialdemokratie schlechter, nicht besser. Sie sagen, einer muß anfangen. Das haben auch diese Atomwissenschaftler gesagt. Nun Gott, die Atomwissenschaftler in allen Ehren, aber wer einigermaßen die Geschichte der russischen Expansionen studiert hat und die Tendenzen, die aus dem Ganzen sprechen, der wird mir darin recht geben, daß man die Tendenz der Russen, abzurüsten, nicht dadurch stärkt, daß man Westeuropa einfach von Kampfmitteln entblößt.

Ich möchte Sie bitten, sich die Frage einmal durch den Kopf gehen zu lassen, welche Propaganda wir treiben müssen. Ich nehme an, auch an Sie wird diese ganze Situation, wie ich sie zu kennzeichnen versucht habe, etwas überraschend herantreten. Man muß darüber nachdenken. Wir werden nach meiner Meinung bei den Entschließungen des Parteitages nicht vorbeigehen können an den Beschlüssen, die gestern auf Verlangen der Koalition im Bundestag gefaßt worden sind.¹⁵ Es wird also schon auf diesem Parteitag eine kleine Diskussion notwendig sein, wie sie gestaltet werden sollen. Es müßte auch überlegt werden, wer darüber reden soll. Ich bin nicht dafür, daß Herr Strauß darüber redet, nicht wegen der Persönlichkeit des Herrn Strauß, auch nicht, weil ich etwa daran zweifle, daß er ausgezeichnet sprechen wird, aber ich bin nicht dafür, weil er der Verteidigungsminister ist, und die Leute draußen sagen, ein Verteidigungsminister muß ja so sprechen. Ich bin dafür, daß wir eine Persönlichkeit aus unserer Mitte herausuchen, die nun nicht in militaristischem Geruch steht – ich gebrauche einmal hier den Ausdruck –, sondern eine Persönlichkeit, die humanitär und vernünftig denkt.

Ich kann nur immer wieder betonen, ich halte diese Situation, wie sie plötzlich gekommen ist, für sehr ernst. Wir werden uns alle Mühe geben müssen, um dagegen anzugehen. Wenn auch im Laufe der nächsten Monate manches von dem, was jetzt gesagt wird, wieder dem Gedächtnis entschwindet, glauben Sie mir, die Angst vor der Atombombe ist etwas Emotionales, und diesem Emotionalen Herr zu werden, nachdem das deutsche Volk diesen letzten Krieg hat über sich ergehen lassen müssen, wird sehr schwer sein. Das kann nicht dadurch erreicht werden, daß man sagt: Es geht uns gut, wir sorgen für Sicherheit, wir haben eine blühende Wirtschaft, wir helfen der Landwirtschaft usw. Dadurch bekommen wir das nicht aus der Welt. Es gibt Leute, die auf dem Standpunkt stehen: Lieber rot als tot. Das sprechen Leute aus – ich nenne absichtlich keine Namen –, von denen man das niemals für möglich gehalten hätte; denen sitzt augenblicklich die Furcht im Nacken. Sie sagen, wir wollen lieber Jahre der Unfreiheit über uns ergehen lassen, als daß wir und unsere Kinder und Kindeskinde ausgerettet werden. Das Unsinnige dabei ist, daß durch eine freiwillige Unterwerfung des deutschen Volkes, durch eine Preisgabe Europas, die Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland gar nicht aus der Welt geschafft wird. Der Spannungsherd zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland kann nur dadurch aus der Welt geschafft werden, daß die Russen durch ihre innere Entwicklung zu der Überzeugung kommen: Wir können die Sache

15 Entschließungsantrag (Umdruck 3347) Sten.Ber. 2.WP Bd.36 S. 12138f.

nicht durchhalten – nach meiner Überzeugung können sie sie auch nicht durchhalten – oder aber wir müssen eine Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und uns suchen.

Nun gibt es bei führenden Leuten in europäischen Ländern Tendenzen, die dahin gehen, daß sie sagen: Wir vertrauen zwar dem jetzigen amerikanischen Präsidenten und der jetzigen amerikanischen Regierung, wer aber wird nach drei Jahren Präsident sein, was für eine Regierung wird dann sein, und es ist unmöglich, daß wir das Wohl und Wehe unseres ganzen Volkes davon abhängig machen, was in Amerika geschieht oder geschehen wird. Das war einer der Hauptgesichtspunkte bei den Engländern, als sie sich entschlossen, die Wasserstoffbombe weiterzubetreiben und diese Versuche auf den Weihnachtsinseln durchzuführen.¹⁶ In Großbritannien ist dieser Zug, selbständig zu werden, also unabhängig in der Richtung von Amerika zu sein, sehr gefördert worden durch die Erfahrungen, die Großbritannien nach seiner Meinung mit der amerikanischen Politik im Nahen Osten gemacht hat. Diese Politik hat in England verheerend gewirkt und hat das Vertrauen der Briten zu den Amerikanern, das bis dahin außerordentlich groß war, stark erschüttert. Ob es sich wiederherstellen läßt, steht heute dahin. Sie werden gelesen haben, daß Macmillan eine schwere Situation wegen der ägyptischen Vorgänge im Parlament haben wird. Das ist ein Moment, das auch von uns erwogen werden muß, wenn wir politische Entschlüsse fassen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, aus meinem absichtlich kurz gehaltenen Vortrage zu ersehen, daß die außenpolitische Situation in der Welt sehr gefährlich ist, daß sie allen innenpolitischen Problemen dabei voransteht, insbesondere was ihre Wirkung auf das Denken und Fühlen breiter Volksmassen angeht. Was die Sozialdemokraten in der Agitation tun werden, liegt klar zutage; sie werden sagen: Das ist sehr billig. Die Situation ist zwar schlecht, aber einer muß anfangen und ein Beispiel geben, und das muß die Bundesrepublik sein. Deswegen muß sie beschließen: Keine atomarischen Waffen für die Bundeswehr. Ob dabei die NATO in die Binsen geht – sie waren von Anfang an gegen die NATO –, ist ihnen ganz gleichgültig. Das ist kein Argument, wenn sie sagen, einer muß anfangen. Die 18 Atomwissenschaftler haben dasselbe gesagt: Deutschland soll anfangen. Das ist das Lächerlichste vom Lächerlichen – sagen Sie das den Atomwissenschaftlern nicht wörtlich wieder, durch die Blume habe ich es ihnen selbst gesagt –, weil es nämlich an der ganzen Situation überhaupt nichts ändert. Aber das wird die Taktik der Sozialdemokraten sein, auf die wir uns nun einstellen müssen.

Im übrigen können wir alle mit unserer Arbeit sehr zufrieden sein. Wir haben wirklich etwas geschaffen, seitdem wir vor vier Jahren in Hamburg waren. Wir haben etwas geleistet; wir haben einen großen Aufschwung genommen an politischem Ansehen und an politischem Einfluß, an wirtschaftlichem Ansehen und an wirtschaftlichem Einfluß. Auch auf dem Gebiete des Wohnungsbaues haben wir Kolossales geleistet,

¹⁶ Nach der Ankündigung am 7. Juni 1956 (AdG 1956 S. 5806) wurde ein Wasserstoffbom-
benversuch am 15. Mai 1957 auf den Weihnachtsinseln durchgeführt (AdG 1957 S. 6444f.).

so daß wir in der Lage sind, einen großartigen Propagandakampf zu führen. Nun ist diese leidige Geschichte dazwischengekommen, von der ich eben sprach.

Was nun die Aussichten der Londoner Konferenz¹⁷ angeht, so werden diese verschieden beurteilt. Sie wissen, daß ich in der vergangenen Woche einige Tage mit Macmillan und dem britischen Außenminister zusammen war. Die Engländer beurteilen die Aussichten sehr pessimistisch; die Amerikaner beurteilen sie optimistisch. Es spielt eine gewisse Rolle dabei, daß Eisenhower – Sie wissen, daß er nicht wiedergewählt werden kann – eingehen möchte in die amerikanische Geschichte als der Präsident, der in dieser entscheidenden Sache der allgemeinen Abrüstung wenigstens einen Anfangserfolg davongetragen hat. Auf der anderen Seite sind die Briten kolossal verstimmt. Ich habe es eben ausgeführt. Wir wissen nicht, was dabei herauskommen wird. Wir können nach meiner Meinung nur hoffen – das habe ich Dulles und Macmillan gesagt –, daß die Abrüstungskonferenz über unsere Wahlen hinaus andauert und daß sie nicht kurz vorher zu Bruch geht. Das wäre natürlich eine sehr unangenehme Sache. Wenn ich in zehn Tagen nach Amerika reise, werde ich das Dulles und Eisenhower sagen.

Noch ein Wort zu Macmillan. Unser Verhältnis zu England ist durch den Aufenthalt Macmillans ganz ausgezeichnet geworden. Vielleicht ist es zu erreichen, daß die Londoner Konferenz mit gewissen Pausen hinausgezogen wird über den 15. September. Also, da werde ich alles tun, was ich kann, um das zu erreichen. Das wird vielleicht auch den Atomschreck bei unseren Leuten im Lande wenigstens etwas mildern; es wird ihn nicht beseitigen. Darüber müssen wir uns klar sein. Ich fürchte, daß dieser Atomschreck etwas auf die Frauen wirkt. Der Hauptteil unserer Wähler besteht aus Frauen, so daß eine solche Sache uns besonders schlimm treffen kann.

Es tut mir sehr leid, meine Damen und Herren, daß ich nicht mit freundlicheren Gesprächen hier beginnen kann, aber man muß die Dinge sehen, wie sie sind; denn sonst kommt man nicht zu vernünftigen Überlegungen darüber, was man nun machen soll.

Seitdem die 18 deutschen Atomphysiker ihren Aufruf an die Öffentlichkeit gerichtet haben, haben die deutschen Zeitungen behauptet, ich hätte diese Herren Gott weiß wie behandelt. Ich habe gestern eine Erklärung abgegeben, und da konnte von den Sozialdemokraten keiner mehr etwas sagen. Ich habe die Herren von vornherein, auch schon in Eichholz, sehr vorsichtig behandelt. Einer von ihnen hat mir nachher gesagt: Hätten wir doch früher mit Ihnen über die Sache gesprochen. Sie waren aufgefordert, zu mir zu kommen, aber das haben sie nicht getan, damit die Sache nicht politisch aussehe. Ich habe zur Vorbereitung dieses Gespräches und zur Vorbereitung für die Verhandlung versucht, mir Material zu verschaffen über die Auswirkung der Versuchsbomben und der großen Bomben. Aber ein solch heilloser Durcheinander,

17 Das Subkomitee der UN-Abrüstungskommission tagte wieder seit dem 18. März 1957 bis zum 6. September in London (AdG 1957 S. 6626).

wie ich es da angetroffen habe, hätte ich wirklich nicht für möglich gehalten; von den Herren hatte jeder seine eigene Meinung.

Deswegen begrüße ich es sehr, daß wir einen Ausschuß eingesetzt haben, der wenigstens versucht, das Material zu sammeln. Ich habe weiter eingeleitet, daß ich in Amerika mit dem besten Kenner dieser Frage der Abwehr ein längeres Gespräch haben werde, damit ich von diesem Mann etwas höre.¹⁸ Es gibt Amerikaner, die sagen, es ist alles Quatsch und dummes Zeug, was geschrieben wird. Andere sagen wieder, wenn man hundert Meter hochsteige, werde man kosmischen Strahlen ausgesetzt, die im Grunde genommen viel gefährlicher seien als die Strahlen, die von einer Atombombenexplosion kommen, wenn man nicht unmittelbar mit der Nase an der Bombe ist. Wieder andere sagen, es ist unberechenbar, man weiß es nicht genau usw. usw. Jedenfalls werden wir versuchen müssen, da Aufklärung hineinzubringen. Es scheint so, als ob maßlos übertrieben werde. Ich kann nur sagen, es scheint so. Aber wir müssen versuchen, unsere Bevölkerung darüber aufzuklären. Das werden wir von Amts wegen tun müssen. Ich sehe Herrn Kollegen Schröder dabei an, weil wir die Schutzmaßnahmen versprochen haben. Um Schutzmaßnahmen vorzubereiten, muß man wissen, welche Gefahren drohen. Ich gestehe Ihnen offen, das Bisherige genügt nicht. Wir müssen mehr aufklären. Man muß dankbar sein für jeden Rat, der einem hier gegeben wird.

Schröder: Wir müssen einen einheitlichen Aufklärungskampf führen. Nur wenn wir ein paar Monate lang dieselbe Grundlinie aussprechen, haben wir die Hoffnung, daß sich das durchsetzen wird gegenüber der Bevölkerung und der Presse. Wie es wirklich aussieht, erkennt man manchmal aus Kleinigkeiten. Ich habe neulich auf der Straße eine Unterhaltung aufgeschnappt. Da wurde gesagt: Früher hieß es die Göttinger Sieben¹⁹, jetzt sind es die Göttinger Achtzehn. Diese Straßenunterhaltung zeigt, daß die Leute wieder ein Thema haben, das sie geistig beschäftigt. Das muß man wissen, und dann kann man sich damit auseinandersetzen. Die gestrige Sache hat einen gewissen Stopp gegeben. Die Zeitungen von heute spiegeln wider, daß die Sache mindestens zwei Seiten habe. Selbst ein halblinks stehendes Blatt wie die „Westdeutsche Allgemeine“, die das große Abendblatt an der Ruhr ist, kommt heute zu einer skeptischen Betrachtung des SPD-Standpunktes.²⁰ Das ist sehr wertvoll und muß ausgenutzt werden, indem man eine klare Übersicht über die Atomentwicklung fortsetzt.

Der entscheidende Punkt ist der, von dem Sie zuletzt gesprochen haben. Die Befürchtung der Leute geht weniger dahin, daß morgen Atombomben fallen, als

18 Zu seiner USA-Reise vgl. ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 307–309.

19 Universitätsprofessoren, die 1837 gegen die Aufhebung der Verfassung durch Ernst August protestierten. Der Vergleich stammte von Otto Nuschke (dpa vom 16. April 1957).

20 Vgl. Kommentar von Siegfried Maruhn (Am Kern vorbei): Die Atomdebatte „sah nur zwei Besiegte, den Bundesverteidigungsminister Strauß ... und jene Kräfte in der SPD, die um eines kurzfristigen Vorteils willen den Bogen ihrer Forderungen überspannt hatten“.

vielmehr darauf, daß durch die Atomversuche überhaupt eine Veränderung der Welt, die sehr gefährlich ist, entstehen könnte. Darüber sind ja auch die Fachmeinungen ganz verschieden. Schweitzer, der kein Spezialist ist, hat im Grunde das düsterste Bild gegeben. Es ist düsterer als das Bild, das die anderen gegeben haben. Der amerikanische Kongreß hat 30 hervorragende Wissenschaftler aufgefordert, sich mit diesem Problem intensiv zu beschäftigen. Wenn Sie in Amerika sind, werden Sie sicher Gelegenheit haben, sich in diesem Sinne unterstützend zu äußern, weil alle Äußerungen von der Bevölkerung positiv aufgenommen werden. Wir sind heute in einer Schwierigkeit; denn man sagt, daß wir nicht den Appell unterstützt haben, von weiteren Versuchsexplosionen abzusehen, obwohl wir im Grunde gewußt hätten ... (*Kiesinger*: Große Bombenexplosionen, nicht Versuchsbombenexplosionen! Das ist ein großer Unterschied!) Das gilt nicht für die Leute; für die Leute geht das unter derselben Überschrift: In der Wüste Nevada wird eine große Atombombenexplosion durchgeführt. Die Amerikaner haben 47 Staaten eingeladen, sich das anzusehen. Ich weiß nicht, wer das von uns tun wird. Das ist eine wichtige Sache. Das muß systematisch gemacht werden. Wir müssen alle Wissenschaftler, die bereit sind, etwas Positives zu tun, in vernünftiger Weise zusammenbekommen. Deshalb war es sehr gut, daß wir drei Leute aus diesem Atomkreis²¹ dazu bekommen haben, um uns zu attestieren, daß in der Tat Schutzmaßnahmen dieser und jener Art möglich sind. Auch das sollten wir stärker verbreiten.

Sie haben dann die Frage angeschnitten, wer am ehesten im Rahmen des Parteitages etwas dazu sagen könnte. Ich frage, ob man nicht den Versuch machen soll, einen Mann sprechen zu lassen, der in dieser ganzen Diskussion abseits gestanden hat, der aber als qualifiziert gilt und dadurch Vertrauen bekommen hat. Ich denke an den Kollegen Balke; er ist schließlich Atomminister. Es wäre wohl gut, wenn es gelänge; aber es kann auch ein anderer sein, der in einem ähnlichen Bereich liegt, aber jemand, der vom militärischen Bereich weit weg ist, ja, der eher als ein Gegner jeder militärischen Geschichte gilt. Wenn ein solcher Mann etwas über die Gefahren sagen könnte, so hielte ich das für sehr gut. Er braucht die Gefahren nicht zu übertreiben. Aber er müßte die Dinge wieder auf das richtige Niveau bringen.

Adenauer: Dazu zwei Bemerkungen! Wir haben gestern beschlossen, die Amerikaner zu ersuchen, keine Atombombenexplosionen – im Gegensatz zu dem SPD-Antrag, wo es heißt: Versuchsexplosionen – vorzunehmen. Die Amerikaner haben keine Atombombenexplosionsversuche vor, sondern die Entwicklung dieses eben erwähnten 21,5-cm-Atomgeschützes. Das fällt nicht unter unseren Antrag. (*Kiesinger*: Wäre aber unter den SPD-Antrag gefallen.) Ob Sie damit die Bevölkerung überzeugen, das ist eine Frage für sich. (*Kiesinger*: Es geht darum, daß die Bevölkerung sagt: Was den Amerikanern durch ihre Versuche passiert, das ist ihre Sache! Die Bevölkerung will

21 Vermutlich Deutsche Atomkommission, die sich am 26. Januar 1956 konstituiert hatte (NL Balke ACDP I-175-007/1; BULLETIN Nr. 19 vom 27. Januar 1956).

die Versuche ausgeschlossen haben, die darüber hinausgehen.) Es ist beschlossen worden. Ich war nicht dagegen. Ich habe auch nicht dafür gestimmt, um den Amerikanern sagen zu können, ich habe nicht dafür gestimmt. Aber ich gebe zu, es sprechen Gründe bei der Stimmung in unserer Fraktion dafür, daß man etwas Derartiges machen müßte. Wie wichtig die ganze Sache ist, können Sie aus folgendem ersehen: Ich habe ein Gutachten eines amerikanischen Physikers gelesen, der gesagt hat, die Reste, die sich bei der Reaktion ergeben, sind viel gefährlicher als die ganze Geschichte mit den großen Versuchen, die man jetzt macht. Ich habe darüber mit Macmillan gesprochen, weil derselbe Amerikaner gesagt hat, wenn man diese Reste ins Meer versenke, wisse man überhaupt nicht, was sich daraus ergebe. Macmillan hat mir gesagt, sie würden diese Reste bei ihnen in ein verlassenes Bergwerk 90 m tief versenken, und sie hofften, damit wären sie die Geschichte los; aber ob sie sie los wären, könne er nicht sagen.

Man ist augenblicklich geradezu in einer Strahlenpsychose. Daß diese Strahlen schädlich sein können, weiß jeder. Daß z.B. Ärzte sehr ungern eine schwangere Frau röntgen, weiß auch jeder. Daß man in den Röntgenzimmern mit größter Vorsicht vorgeht und dünne Bleiplatten als Schutz verwendet und trotzdem noch immer Verletzungen vorkommen, das weiß auch jeder. Aber diese ganze Frage ist maßlos aufgeputscht. Unsere Bevölkerung ist unruhig.

Nun zu dem Vorschlag des Kollegen Schröder, Herrn Balke sprechen zu lassen. Herr Balke ist von Hause aus Chemiker; er ist nicht Physiker. Er hat sich aber mit dieser ganzen Atomfrage außerordentlich stark beschäftigt und große Reisen gemacht und sich viel angesehen. Man ist in der neuesten Entwicklung auch drauf und dran, durch chemische Prozesse, also nicht durch Spalten, Atomkraft zu gewinnen. Er müßte also genau wissen, was er sagt. (*Schröder*: Herr Balke ist bestimmt ungeheuer loyal, wenn man richtig mit ihm spricht. Die Sache hat noch einen anderen guten Grund. Er kann die Verstimmung, daß einer abseits steht und nicht mitmacht, positiv beeinflussen.) Herr Balke war sehr froh darüber, daß ich ihn nicht eingeladen habe; denn er ist der zivile Mann dafür. Aber er ist Bundesminister, und das ist in diesem Falle eine Belastung. Herr Schröder, vielleicht wissen Sie jemanden, der nicht Mitglied des Kabinetts ist. Es ist klar, daß ein Mann des Kabinetts nicht anders sprechen kann. Es gibt doch Wissenschaftler. Da ist ein Professor in Mainz, der untersucht, was Albert Schweitzer gesagt hat. (*Lübke*: Der sitzt in Karlsruhe!²²)

Gradl: Ich bin der Meinung, daß wir bei der Behandlung des Themas „Die Strahlung ist gefährlich“ nicht sagen sollten, sie ist nicht gefährlich; denn das würde im Grunde an den Dingen vorbeigehen. Ich habe so den Verdacht, daß wir von unserem Standpunkt aus die Dinge zu verharmlosen suchen. Es ist deshalb sicher richtiger, wenn wir in allem, was wir sagen, davon ausgehen: Die Waffe ist scheußlich, ist furchtbar, und wir wünschen, wir hätten oder wir brauchten sie nicht. Man könnte so fortfahren: Trotzdem müssen wir in unserer Situation verhindern, daß es zu einer politischen Lähmung unseres Volkes kommt; denn das ist, wenn ich Sie richtig

22 Vgl. Anm. 24.

verstanden habe, die eigentliche Gefahr, daß wir vor lauter Angst in unserem Volke vor dieser unheimlichen Erscheinung nicht mehr zu Entschlüssen kommen können, die im nationalen Interesse notwendig sind.

Der SPD gegenüber, die der Bevölkerung sagt, Deutschland soll ein gutes Beispiel geben, kann man erwidern: Wir brauchen eigentlich für die Abrüstung kein gutes Beispiel zu geben, denn bisher haben wir nicht aufgerüstet. Das Entscheidende ist, daß die Frage im Augenblick nicht akut ist. Ich glaube, daß sich der einfache Mann von dieser Argumentation ansprechen läßt: Wir wollen, wie jeder andere in unserem Volke, die Beseitigung dieser Waffe. Wir streben nach Abrüstung, wie es gestern in der Entschliebung gesagt worden ist. Wir unterstützen alles, was geschehen kann, um die Atombombe als Waffe auszuschließen. Wir sind aber nicht der Meinung, daß man heute eine Frage beantworten soll, die noch nicht gestellt ist. Denn die Frage der Bewaffnung der Bundeswehr ist praktisch erst in zwei Jahren ... (*Adenauer*: Vielleicht auch erst in drei Jahren!) Je später, um so besser! Wenn der erste Wirbel vorbei ist, glaube ich, daß die Leute dann zugänglich sind für diese Auffassung. Wir können heute noch nicht eine Frage beantworten, die praktisch noch gar nicht zu stellen ist; denn kein Mensch weiß, was in zwei oder drei Jahren sein wird. Aber in dieser Zeit werden wir, nicht weniger als die Sozialdemokraten, uns dafür einsetzen, daß ein vernünftiges Sicherheitssystem gefunden wird, so daß vielleicht die atomare Bewaffnung überflüssig wird. Wenn man in diesem Sinne argumentiert, wird das auch den nötigen Eindruck machen. Es muß nur konstant und auf die Dauer gesagt werden. Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, als ob wir den Leuten etwas vorreden wollten, als ob wir die Gefahr und die Scheußlichkeit dieser Waffe verkleinern wollten. Wir sollten es offen zugeben, gewissermaßen als Präambel, da wir dann in der Lage sind, diese Frage politisch wieder in die Hand zu bekommen. Gegenwärtig ist zweifellos die Stimmung gegen uns. Aber es sollte in dieser Weise möglich sein, sie wiederzubekommen.

Adenauer: Ich würde so sagen: Wir wollen die Gefahr nicht verschweigen, wir wollen aber auch nicht übertreiben, sondern wir wollen in der Sache völlig klar, objektiv und ehrlich sein.

Gratl: Wir sollten aber nicht das Gewicht darauf legen: Es sind mehr Strahlen oder weniger Strahlen. Das können andere Leute sagen. Aber wir als Partei dürfen das nicht tun. Wir sind vor der Öffentlichkeit nun einmal damit behaftet, daß wir den Weg der atomaren Bewaffnung gehen wollen. Das ist in der Öffentlichkeit zunächst ein Faktum, und das müssen wir entgiften.

Hellwig: Man sollte die Gesamtlage der Bundesrepublik in der politischen Konzeption, wie es gestern von Strauß und Gerstenmaier vorgebracht worden ist, darlegen und nichts beschönigen. Es wurde gesagt, die Isolierung der Bundesrepublik werde die Gefährdung der Bundesrepublik auf diesem Gebiete nicht verringern, sondern im Gegenteil vermehren. Darauf hat die Opposition keine Antwort gewußt. Wenn man also die Sache von dieser Seite her sieht und auch der Öffentlichkeit darstellt und der Opposition sagt: Was könnt ihr denn im Falle einer Isolierung der Bundesrepublik

– was ja das Ergebnis eurer Forderung sein würde – überhaupt noch tun, um diese gefährliche Bedrohung der Bundesrepublik zu beseitigen? Gar nichts mehr können sie tun! Wenn die Bundesrepublik isoliert ist, wird keine der beiden Seiten noch irgendeine Verpflichtung zur Schonung der Bundesrepublik, wenn es wirklich zu einem Konflikt kommen sollte, verspüren.

Man sollte also deutlich die Gesamtsituation hier schildern und sagen, das einzige Mittel, das diese Situation für die Bundesrepublik erträglich gestaltet, ist dies, daß die Bundesrepublik mit dazu beiträgt, ein Gleichgewicht herbeizuführen, von dem aus eine Abrüstung denkbar ist. Der Gedanke, daß Übertreibungen ins rechte Maß gebracht werden sollen, ist richtig, aber nur vor diesem Hintergrund; denn die Opposition führt einen Wahlkampf gegen den Erfolg. Die Opposition muß gegen den Erfolg polemisieren. Das kann sie nur, indem sie alles tut, um emotionale Komplexe anzusprechen und jedes vernünftige Prüfen beiseite schiebt.

Der stärkste emotionale Komplex, der angesprochen wird, ist der Angstkomplex. Das wird ein Wettlauf werden. Wenn von uns eine Beruhigung gesagt wird, kommt von der anderen Seite als nächster Schritt ein Appell an einen Angstkomplex. Wenn dann der Opposition gesagt wird, was habt ihr denn zu bieten, um die Situation besser zu gestalten, als es von uns geschehen ist und noch weiter geschieht, dann ist dieser Wettlauf mit den emotionalen Angstkomplexen geringer, als wenn man sich zunächst darauf einläßt. (*Zurufe*: Das ist unklar!)

Adenauer: Darf ich Ihnen etwas widersprechen und einen Vorschlag machen. Es handelt sich nicht um einen Kampf gegen die Opposition. Das war im Bundestag, aber jetzt handelt es sich um einen Kampf gegen die Angst; denn die Angst ist auch bei unseren Leuten vorhanden, die sonst zu uns halten. Deswegen kann man die Angst nach meiner Meinung nur noch mit einer größeren Angst vertreiben. Um das machen zu können, muß man erst das Maß der berechtigten Angst auf das richtige Maß zurückführen und dann weiter sagen, es wird uns noch viel schlimmer gehen, wenn wir jetzt die Hände in die Taschen stecken.

Ich will aber zunächst einmal fragen: Halten Sie es für richtig, nachdem gestern der Bundestag sich zwölf Stunden lang damit beschäftigt und unsere Fraktion den Antrag gestellt hat, daß wir auf dem Parteitag diese Frage noch weiter anschneiden? (*Zuruf*: Die Rede von Thielicke²³!) Er spricht von ganz anderen Gesichtspunkten aus. Die erste Frage lautet also: Sind Sie der Auffassung, daß das Thema angesprochen werden soll, gleichgültig, ob Herr Thielicke spricht oder nicht? Dann kommt die zweite Frage: Können wir einen Physiker noch dazubekommen, der dazu Stellung nimmt, was Herr Schweitzer gesagt hat, daß nämlich das Gras, die Kühe, die Milch, der Regen und die Eier und was weiß ich alles noch radioaktiv seien? Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich kenne Herrn Schweitzer persönlich. Er hat mich einmal aufgesucht.

23 Dr. Helmut Thielicke (1908–1986), ev. Professor für systematische Theologie Tübingen. Er sprach über „Verantwortung und Gewissen im Atomzeitalter“ (CDU, 7. Bundesparteitag S. 100–130). Memoiren: Zu Gast auf einem schönen Stern. Hamburg 1984.

Er ist ein sehr kluger und reizender Mann; aber ich bin davon überzeugt, daß das alles nicht richtig ist. Das kann ich natürlich nicht sagen; denn dann heißt es: Der soll den Mund halten. Nun kennt Herr Lübke einen Wissenschaftler, der, soviel mir gesagt worden ist, gerade diese Frage, die Herr Schweitzer dargelegt hat, bearbeitet. (*Lübke*: Er ist in Karlsruhe an einem Institut für Lebensmittelforschung tätig. Daher rührt auch die Bekanntschaft mit diesen Dingen. Ich würde feststellen, ob man ihn hierherholen kann.) Wenn dieser Professor aus Karlsruhe konkret darüber sprechen könnte: Es ist nicht an dem, es ist nicht berechtigt, – dann würde ich das für sehr gut halten. Wollen Sie einmal mit ihm sprechen? (*Lübke*: Ich kann ihn nicht erreichen, ich werde es über die Regierung versuchen.) Warum ist er nicht zu erreichen? (*Lübke*: Frau Jochmus hat mich auf den Namen gebracht. Es ist Professor Groupier²⁴.)

Heck: Herr Bundeskanzler! Ich habe starke Bedenken dagegen. Wir hatten vorhin festgestellt, daß an sich die Stellungnahme der 18 deutschen Professoren bei der Bevölkerung nicht allzuviel auszurichten vermochte, daß aber die Stimme von Albert Schweitzer durchgeschlagen hat. Wenn nun irgendein Professor von Karlsruhe, den niemand in Deutschland kennt, auf unserem Parteitag antritt und direkt eine Antwort auf die Meinung von Schweitzer gibt, und zwar über ein Thema, von dem der Herr Bundeskanzler vorhin selber sagte, daß darüber ein heillooses Durcheinander herrsche, so halte ich das nicht für zweckmäßig. Ich glaube, daß wir uns der Gefahr aussetzen, die ganze öffentliche Meinung, soweit sie den Rundfunk und die Presse betrifft, gegen uns zu haben.

Adenauer: Und was schlagen Sie vor zu tun? (*Heck*: Ich schlage vor, daß wir das Thema so behandeln, wie Dr. Gradl vorgetragen hat.) Jetzt auf dem Parteitag? (*Heck*: Zu dem wissenschaftlichen Streit, welche Auswirkungen diese Strahlungen haben, würde ich angesichts der Tatsache, daß die Wissenschaftler völlig widersprechender Meinung sind, auf diesem Parteitag nicht sprechen.) Muß man denn nicht folgendes überlegen: Wenn man das alles ruhig laufen läßt und gar nichts tut, setzt sich das immer fester in die Gehirne. Ich habe gelesen, dieser Amerikaner hat dem Herrn Schweitzer geschrieben: Sie sind offenbar nicht unterrichtet über die vorgenommenen Experimente.²⁵ (*Gradl*: Er hat es sehr vorsichtig getan!) Ja, es ist nur ein Auszug veröffentlicht worden. Wir können doch den Mann ansprechen, ob er etwas sagen kann und ob er Versuche gemacht hat. Er wird dann erklären: Ich habe die und die Versuche gemacht. Warum soll er das denn nicht sagen können?

Kiesinger: Herr Bundeskanzler! Ich würde dringend davor warnen, das zu tun. Ich gebe Herrn Heck völlig recht. Wenn wir jetzt einen Professor, unbekannt für die

24 Nicht zu ermitteln. Möglicherweise Dr. Rudolf Criegee (geb. 1902), seit 1947 Professor für organische Chemie in Karlsruhe.

25 Offener Brief von Professor Willard Frank Libby, amerikanischer Physiker, Mitglied der Atomenergiekommission (zit. in „Rheinische Post“ vom 27./28. April 1957; Druck des Briefes in „Informationen der Jungen Union Deutschlands“ 5.Jg. (Mai 1957) S. 4–7; vgl. auch Albert SCHWEITZER: Friede oder Atomkrieg. München 1981 S. 54f.).

Öffentlichkeit, zum Parteitag einladen, um auf dem Parteitag darüber zu sprechen – der Mann könnte tausendmal sachlich recht haben –, dann würde das als ein Versuch gedeutet werden, daß wir das Problem verharmlosen wollten. Wir müssen ganz sicher – Herr Bundeskanzler, darin stimme ich Ihnen vollkommen zu – dahin kommen, daß die Öffentlichkeit über die wirkliche Gefahr unterrichtet wird. Das kann man bis zu den Wahlen nur in einer kontinuierlichen, unauffälligen Bemühung tun. Wir haben im Bundestag beantragt, daß die Regierung ein Gremium, einen Sachverständigenausschuß, einsetzt. Das ist schon ein Schritt. Über ein solches Gremium kann eine objektive Aufklärung gegeben werden. Im Europarat haben wir auf meine Anregung hin beantragt, einen solchen Ausschuß aus Wissenschaftlern, Medizinern und Theologen einzusetzen, der sich ebenfalls mit den Dingen beschäftigen soll.²⁶ Diese Frage einer objektiven Unterrichtung der Öffentlichkeit wird nach meiner Meinung im Laufe der nächsten Monate sowieso kommen.

Sie haben recht, Herr Bundeskanzler, wir haben es mit der Angst zu tun, nicht nur mit der Opposition. Aber die Opposition beutet diese Angst aus; d.h., sie wird von jetzt ab bis zu den Wahlen alles daransetzen, um dieses Thema im Gespräch zu halten. Wenn es die Opposition nicht täte, hätten die Leute zwar immer noch Angst, aber sie würde abflauen. Daher müssen wir alles versuchen, uns von der Opposition nicht zwingen zu lassen, dauernd in Auseinandersetzungen über diese Gefahr der atomaren Waffen zu bleiben. (Weber: Das nützt nichts!) Natürlich nützt das! Wir könnten eine falsche Taktik einschlagen, die der Opposition dauernd Gelegenheit gibt, das Thema anzuschneiden. Das wäre also zu überlegen. Wenn wir das heute auf dem Parteitag in der Weise tun, daß ein solcher Professor spricht, geben wir der Opposition Gelegenheit, entsprechend Stellung dazu zu nehmen, und dann steht in allen möglichen Zeitungen, die CDU verharmlost die Angelegenheit. Deswegen schlage ich vor, daß wir uns auf diesem Parteitag einfach der Resolution im Bundestag anschließen.

Sachlich habe ich, Herr Bundeskanzler, in der Frage des Verbots der Atombombenversuche genauso gedacht wie Sie. Politisch-psychologisch hielte ich es für richtig, sich darauf zu beziehen, daß nicht Sie, sondern der Bundestag diese Resolution gefaßt hat. Damit gehen wir gegen das an, was die Leute am meisten drückt. Nicht nur die Frage der atomaren Ausrüstung für die Bundeswehr hat die Leute gepackt, sondern die gespenstische Furcht vor dem Atomtod, der in der Welt umgeht. Und da haben wir uns klipp und klar ausgesprochen. Wir müssen der SPD den Wind aus den Segeln nehmen und immer von neuem aussprechen, daß es zu einer atomaren Abrüstung kommen muß.

Wenn wir das immer wieder tun und uns weniger auf die Debatte um die atomare Ausrüstung der Bundeswehr konzentrieren, ist dieses Problem schnell erledigt. Ich glaube nicht, daß wir gezwungen werden können, dieses Problem der Amerikaner

26 Während des 1. Teils der neunten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung vom 29. April bis 4. Mai 1957 (Überblick in Europa-Archiv 1957 S. 9975–10006).

ununterbrochen zu erörtern. Das ist aber etwas, das sich wie eine Wolke im Volke ausbreitet. Deshalb auch der Anklang, den Albert Schweitzer gefunden hat. Da können wir uns nicht anschließen. Wir wollen nicht die Angst verbreiten. Wir tun es nicht wie Albert Schweitzer, sondern ...

Adenauer: Herr Kiesinger, entschuldigen Sie, wir reden völlig aneinander vorbei. (*Kiesinger:* Also?) Nein! Nicht also! Gestern haben wir eine zwölfstündige Atomdebatte gehabt. Morgen beginnt der Parteitag. Es muß in irgendeiner Weise von der Tatsache, daß diese Atomdebatte gewesen ist, etwas auf dem Parteitag gesagt werden. (*Kiesinger:* Vom Außenminister in seiner Rede!) Augenblick! Sind wir uns darüber klar? (*Zustimmung.*) Gut! Ich bin aber nicht dafür, daß das ein Minister tut. Ich habe das eben auch bei Herrn Balke gesagt, weil es selbstverständlich ist, daß ein Minister des Kabinetts, gleichgültig, wer er ist, diesen Standpunkt vertreten muß. Deswegen wäre es mir lieber, es spräche jemand anderes, der nicht Mitglied des Kabinetts ist. Dann käme noch die Frage, soll es ein Mitglied der Fraktion tun oder irgend jemand anderes?

Osterloh: Ich möchte den Vorschlag von Herrn Dr. Schröder noch einmal ausdrücklich unterstützen, Herrn Bundesminister Balke sprechen zu lassen; denn es wird nicht als selbstverständlich empfunden, daß er die Linie des Bundeskanzlers und des Kabinetts vertritt, sondern es wird in der Untergrundpropaganda die Ansicht verbreitet, er sei absichtlich als Bundesminister ferngehalten worden. Meiner Ansicht nach würde eine Rede Balkes außerordentlich stark beruhigend wirken, weil sie das Ergebnis haben wird, daß die Dinge relativiert werden. Es besteht jetzt der Eindruck, daß überhaupt nur noch der absolute Atomtod durch die Bombe oder durch die Strahlen die Menschheit beherrschen wird. Wenn wir einen Wissenschaftler herbeiholen, wird die Presse behaupten, das sei ein Konzessionsschutz, den wir mit Mühe und Not herangeholt hätten. Ich bin der Meinung, daß dieses Thema von einem Politiker an hervorragender Stelle angesprochen werden muß. Wenn Balke es täte, käme damit zum Ausdruck, daß die CDU kein aufgespaltener Haufen ist, sondern unter einer geschlossenen Willensbildung steht.

Die Wissenschaftler sollten von uns beharrlich gebeten werden, in verständlichen Leitartikeln hinsichtlich des Strahlenterrors beruhigend zu wirken; denn die Dinge sind maßlos – leider auch von Albert Schweitzer – übertrieben. Wir können hier in den Städten nichts erreichen, weil wir als Politiker nicht glaubwürdig sind in dieser Hinsicht. Es gibt aber Atomwissenschaftler, die für uns in aller Stille dieses Werk tun.

Ich bin also der Ansicht, daß der Vorschlag, den Bundesminister Dr. Schröder gemacht hat, mehrere Fliegen mit einer Klappe schlägt, nämlich den Verdacht beseitigt, als ob Balke kein CDU-Minister mehr sei, ferner würde er sachlich dazu beitragen, daß jedenfalls die eine Seite der öffentlichen Meinung beruhigt wird. Balke hat in weiten Kreisen das Ansehen des unpolitischen Wissenschaftlers, was ihm in diesem Falle sehr zugute käme.

Krone: Es müßte vorher mit Balke gesprochen werden; denn nur dann, wenn wir

völlig kongruent sind, kann er m.E. sprechen, sonst nicht. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Die entscheidende Frage ist doch wohl, ob wir die Dinge laufen lassen sollen, wie es die SPD will, oder ob wir dagegen angehen sollen, d.h., daß wir auf der Seite derer stehen, die das alles sehen, wie es ist, sich aber nicht in das Schicksal sklavisch ergeben, nun rot zu werden oder zu sterben. Wir wollen den Weg der Freiheit!

Ich habe Ihnen gestern gesagt, Herr Bundeskanzler, es kommt entscheidend darauf an, daß die Bevölkerung das Empfinden hat, daß Sie alles tun werden, was menschenmöglich ist, um die Dinge hinzukriegen. Das ist das entscheidende politische Faktum dieses Parteitages; nicht ein Professor. Der mag reden, aber er allein kommt nicht in Frage, sondern es muß darauf ankommen, daß der Mann aus unseren Reihen, den wir herausstellen, in den Augen des Volkes ein Mann ist, der besorgt ist und den neuen Weg geht.

Herr Bundeskanzler! Wenn es Ihnen gelingt, von Amerika mit irgendeinem Faktum zurückzukommen, daß nämlich drüben auf Ihren Wunsch etwas in der Richtung geschieht, dann haben wir in diesem Punkt die Wahl gewonnen. Dieser Parteitag muß etwas von Ihnen hören, daß Sie ganz vorne stehen in der Front derer, die den Frieden wollen. Es ist selbstverständlich, daß Sie das sind, aber das Volk soll es hören und auch glauben und nicht dem Defätismus Ollenhauers anheimfallen.

Da können Sie ruhig einen Schritt weitergehen. Sie hätten gestern ruhig mitmachen können; denn auch die Amerikaner verstehen, daß wir die Wahlen gewinnen müssen. Sie machen Ihnen manche Konzessionen und sind auch bereit, da mitzugehen.

Weber: Es muß ein Kampf gegen die Angst sein. Das habe ich in großen Frauenversammlungen in den letzten Wochen gespürt. Es ist geradezu entsetzlich: Je mehr man ihnen von den Einzelheiten sagt, um so banger werden sie. Ich bin nicht dafür, daß wir auf dem Parteitag Einzelheiten sagen. Die Leute verstehen es nicht, und die Angst wird dadurch nicht beseitigt. Je einfacher gesprochen wird und je mehr man die Dinge auf das Politische legt, daß die Abrüstung wirklich kommt usw., um so eher bringt man die Frauen dazu, ihrer Angst Herr zu werden. Ich bin augenblicklich nicht in der Lage zu sagen, wer diese Rede gegen die Angst halten könnte. Ich bin der Meinung, daß wir es nicht so sehr mit der Opposition zu tun haben, sondern mit der Angst.

Bach: Herr Bundeskanzler! Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben werden muß. Ich bin überzeugt davon, daß Herr Thieliicke zu dem Thema „Atom“ ausgezeichnet sprechen wird. Herr Thieliicke hat das Thema bereits in einer Zeitung gut behandelt.²⁷ Wir sollten den Mut haben, diese Frage vom Grundsätzlichen aus zu behandeln. Das tun wir, wenn wir Herrn Thieliicke über das Thema sprechen lassen. Wir können den Leuten nicht die Angst nehmen.

²⁷ Nicht ermittelt.

Gott hat uns in die Geheimnisse seiner Schöpfung hineinblicken lassen, aber weil die Menschen rücksichtslos sind, besteht die Gefahr, daß die Welt tatsächlich zerstört werden kann. Auf der anderen Seite ist bei uns die Verantwortlichkeit nicht geringer geworden. Es ist ein Wahnsinn, wenn sich die Sozialdemokraten und die 18 Wissenschaftler dafür einsetzen, eine Vogel-Strauß-Politik zu treiben, indem sie sagen: Wir müssen anfangen, und dadurch retten wir unser Volk. Wir müssen demgegenüber die verantwortliche Politik herausstellen, die der Herr Bundeskanzler in Zusammenarbeit mit der freien Welt geführt hat, nämlich die Sicherung für Deutschland.

Wir wissen nicht, wie groß der Gefahrenkomplex ist. Aber wir müssen den Leuten sagen, für die Sicherung des deutschen Volkes haben die Bundesregierung und die CDU viel mehr getan als die SPD. Sie wird das auch in Zukunft tun, indem sie durch die Zusammenarbeit mit den freien Völkern den Beweis erbringt, daß wir die Abrüstung wollen. Das kann nur erreicht werden, wenn die Front so bleibt, daß sie $\frac{3}{4}$ zu $\frac{1}{4}$ steht, will ich mich mal ausdrücken. Wenn sie 50 zu 50 stünde, dann brauchte man kein großer Geschichtler zu sein, um zu wissen, daß dann die Katastrophe käme.

Im übrigen müssen wir zum Angriff übergehen und sagen, was die Sozialdemokratie macht, ist ein Wahnsinn. Die Gefahr ist zwar vorhanden, aber die Beseitigung der Gefahr ist nicht dadurch gegeben, daß wir sagen, wir haben mit den ganzen Dingen nichts zu tun. Ein Beispiel aus der Geschichte! Die Chinesen haben eine solche Auffassung gehabt. Sie haben das Schießpulver erfunden, es aber nicht gebraucht. Und dann kamen die Engländer und konnten die Chinesen besiegen, weil die Chinesen keinen Gebrauch vom Schießpulver gemacht haben.

Jeder Vergleich hinkt. Aber wenn der Herr Bundeskanzler mit dem Ernst der Verantwortlichkeit, mit dem er die Politik der letzten neun Jahre geführt hat, sagt, ich habe alles getan, um den Frieden zu erhalten, und werde weiter alles in dieser Hinsicht tun, ich halte den Weg des Zusammengehens mit der gesamten übrigen freien Welt für richtiger als den Weg der Isolierung, dann nimmt ihm das deutsche Volk das ab. Wir dürfen uns nicht in die Verteidigung drängen lassen. Wir müssen auf diesem Gebiet den Kampf im Angriff führen, sonst sind wir von vornherein verloren.

Adenauer: Ich möchte nicht, daß auf dem Parteitag schließlich der Angriff gegen die SPD das Maßgebende ist. Es handelt sich nicht um eine solche Sache, sondern darum, unseren eigenen Leuten und denen, die gesonnen sind, ihre Stimmen uns zu geben, wieder etwas Vertrauen einzuflößen. Darum handelt es sich. Es handelt sich nicht darum, nun zu sagen, wir sind besser als die SPD. Das ist den Leuten total egal in dieser Sache. Die Leute müssen wieder Vertrauen in dieser Hinsicht bekommen.

Meyers: Es handelt sich um die Furcht. Furcht ist etwas Emotionales; und dagegen kann man mit rationalen Gründen nur sehr schwer kämpfen. Selbstverständlich müssen alle angeführten Gründe vorgetragen werden. Ich darf an das Beispiel vom Gas im vorigen Weltkrieg erinnern. Keiner hat es gebraucht. Furcht kann man nur bekämpfen durch eine noch größere Furcht oder durch Hoffnung. Bei der noch größeren Furcht habe ich Bedenken. Deswegen sollte man den Leuten Hoffnung machen. Es muß etwas

gefunden werden, das den Leuten die Furcht nimmt durch eine größere Hoffnung. Da sehe ich nur das eine, da der Herr Bundeskanzler ein immenses Vertrauen im Volke hat, müßte er mit einem Gedanken herauskommen, der den Leuten zeigt: Wenn sich das verwirklichen läßt, ist unsere Furcht gebannt.

Es ist richtig, daß wir nicht nur gegen die SPD kämpfen, aber wir kämpfen dagegen, daß die SPD die Furcht ins Maßlose steigert bis zur Wahl. Sie wird nichts auslassen. Deswegen müssen wir sie immer angreifen; denn der Angriff ist die beste Verteidigung. Wir dürfen uns nicht der Hoffnung hingeben, daß wir mit rationalen Momenten dagegen ankämen.

Von Hassel: Als wir im vorigen Jahr das Gesetz über die Wehrpflicht verabschiedeten, sind wir von allen möglichen Seiten angegriffen worden. Herr Bundeskanzler! Ihnen ist damals der Vorwurf gemacht worden, daß Sie nicht die Zeichen der Zeit erkannt hätten und nicht umrüsten wollten auf Atom. Ich möchte meinen, daß wir diese Dinge herausstellen sollten. Darüber wird nicht mehr gesprochen; es ist in Vergessenheit geraten. Wir haben keine Bundesvorstandssitzung und keine Bundesparteiausschußsitzung vorübergehen lassen, ohne daß der Herr Bundeskanzler seine Sorge über die Umrüstung auf Atom dargelegt hat: Ich will an den konventionellen Dingen festhalten, damit nie Atomwaffen eingesetzt zu werden brauchen. Das sollte man wieder herausholen; denn das hat die Menschheit wieder vergessen. Und dieser Vorwurf hat Ihnen im vorigen Jahr genau umgekehrt das Leben schwergemacht.

Soweit ich sehe, wird die Rede von Thielicke einer der interessantesten Vorträge werden. Es hat wie eine Sensation eingeschlagen, daß dieser hochangesehene Mann bei uns sprechen wird. Deshalb sollten wir nicht von uns aus über Atombewaffnung sprechen, sondern im Anschluß an die Rede von Thielicke diskutieren. Und da gehört das erste Wort Ihnen, das Sie sofort als Diskussionsbeitrag an die Rede Thielickes anschließen. Es gehört zweitens dazu, daß in der Tat Herr Balke das Wort nimmt. Ich weiß, wie die Stimmung draußen ist. Die Äußerungen Balkes sind in allen Zeitungen wiedergegeben worden.²⁸ Daß man Herrn Balke hinzunimmt, wie es die Herren Schröder und Osterloh vorgeschlagen haben, halte ich für außerordentlich wesentlich, insbesondere für die Herstellung der Geschlossenheit und des Vertrauens. Drittens sollte ein wesentlicher Sprecher aus der Bundestagsfraktion auftreten. Ich halte das für besser, als wenn ein außenstehender Mann dazu Stellung nimmt. Es mag Herr Krone oder Herr Kiesinger sein, weil die Herren in den letzten 14 Tagen bei der Vorbereitung der gestrigen Debatte immer dabeigewesen sind und die Zusammenhänge kennen. Dann werden wir mit einer abgeschlossenen und abgerundeten Gesamtschau auftreten können.

28 Balke hatte auf einer Diskussionsveranstaltung in Stuttgart die 18 Professoren in Schutz genommen (dpa vom 15. April 1957; vgl. auch FAZ vom 17. April 1957) sowie angekündigt, er werde eine militärische Anwendung der Atomenergie nicht mitmachen („Stuttgarter Zeitung“ vom 6. Mai 1957; vgl. auch Presse-Interview vom 30. April 1957 in der „Welt“ vom 1. Mai 1957).

Wenn die Versuche in der Wüste zu Nevada wieder beginnen²⁹, würde ich in der Tat nicht nur Militärs, sondern auch Luftschutzleute dorthin schicken. Das könnte ebenfalls am Montag zum Ausdruck kommen; denn dann sieht die Bevölkerung, daß nicht nur die Militärs, sondern auch die Luftschutzleute dabei sind.

Adenauer: Soeben gibt mir Herr von Brentano ein Telegramm. Danach beurteilen die Amerikaner die Aussichten der Londoner Konferenz nicht ungünstig, wie ich es eben auch gesagt habe.

Und nun möchte ich weiter sagen: Verwechseln Sie bitte nicht die Gefahren, die jetzt vor uns stehen, mit den Gefahren von damals hinsichtlich der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Unter Wehrpflicht kann sich jeder etwas vorstellen, aber unter Atom kann er sich nichts vorstellen. Deswegen ist das etwas ganz anderes. Einen neuen Gedanken gibt es nicht. Was wollen Sie für einen neuen Gedanken geben? Es gibt nur eins, das ist die kontrollierte Abrüstung. Sonst gibt es nichts. Und da muß man allerdings sagen – wie ich es gestern abend dem Herrn Ollenauer gegenüber mit ziemlicher „Wärme“ getan habe –: Wenn das geschieht, was ihr wollt, daß jetzt schon die Bundesrepublik sagt, wir machen nicht mit, dann bestärkt ihr den Willen der Russen, nicht zu einer Abrüstung zu kommen.

Nun haben wir folgenden Tatbestand. Der Herr Kollege Krone kann in seinem Bericht an der gestrigen Debatte nicht vorbeigehen. Haben Sie die Rede von Thielicke gelesen? (*Zurufe:* Nein!) Ich höre, daß sie 42 Schreibmaschinenseiten lang ist. Das sind 126 Minuten, also über zwei Stunden mit Beifall. Nun meine ich, ein Parteitag mit so viel Leuten der verschiedensten Art, der kann doch keinen Vortrag von über zwei Stunden anhören. Da gehen die Leute doch weg. (*Von Hassel:* Thielicke kann es. – *Kiesinger:* Es kommt auf den Redner an! – *Bach:* Und die Presse!) Ach, Herr Bach, die Presse! Ich habe noch das Bild von Stuttgart vor mir, als die Herren hinaus- und hereinliefen. Wir haben schönes Wetter, dazu Pflanzen und Blumen. Die Leute laufen weg; das hält keiner aus, einen zweistündigen Vortrag anzuhören. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn Herr Thielicke seinen Vortrag auf anderthalb Stunden reduzierte. Gestern hat Herr Gerstenmaier anderthalb Stunden vor dem Plenum des Bundestages gesprochen. Wir haben aber hier den Parteitag. Das ist etwas völlig anderes. Wohin sollten auch die Bundestagsabgeordneten gestern gehen? Wenn sie mit Anstand hätten verschwinden können, wären sie hinausgegangen.

Ich darf also fortfahren. Herr Krone könnte sagen: Da Herr Thielicke morgen sprechen wird und in seinem Vortrag die Dinge ebenfalls berührt werden, schlage ich der Versammlung vor, die Diskussion über diesen Punkt auf morgen zu verschieben, und zwar im Anschluß an den Vortrag von Thielicke. Wären Sie damit einverstanden, Herr Krone? (*Krone:* Ja!) Dann müssen wir sehen, wo Herr Balke ist. Herr Balke hat mir erklärt, er hätte das, was in den Zeitungen steht, niemals erklärt. (*Von Hassel:* Um

²⁹ Ankündigung der US-Atomenergiekommission am 4. Mai 1957, Beginn der Versuchsserie am 28. Mai 1957 (AdG 1957 S. 6416, 6467).

so besser, wenn er Hand in Hand mit uns marschiert!) Das hat er aus freien Stücken gesagt, nicht weil ich ihn zur Rede gestellt hätte. Die Sache mit Herrn Thielicke müssen wir morgen noch einmal überlegen. Er wohnt in Hamburg; er kann morgen hierherkommen. Sollen wir es so machen? (*Zustimmung.*)

Lünendonk: Herr Bundeskanzler! Es handelt sich im Augenblick darum, daß die Wissenschaftler und Albert Schweitzer im Volk immerhin eine gewichtige Anerkennung genießen. Ich habe es als ausgezeichnet gefunden, daß Sie, Herr Bundeskanzler, diese Sache sehr klar erkannt und mit den Wissenschaftlern gesprochen haben. Erst daraufhin ist eine Auflockerung in der Verkrampfung der Meinung der Bevölkerung eingetreten. Es handelt sich nicht nur um die Furcht, sondern auch um das Ansehen der Wissenschaftler und um den Namen Albert Schweitzers.

Ich möchte davor warnen – ob die Herren recht oder unrecht haben –, daß wir als politische Partei sagen: Herr Schweitzer hat zwar aus seinem Motiv der großen Sorge diese Sache gebracht, aber er hat in der wissenschaftlichen Darstellung der Sache unrecht. Ich möchte vielmehr, daß auch die Christlich-Demokratische Union und die Bundesregierung die gleiche Sorge haben, die den Wissenschaftlern und Albert Schweitzer Anlaß zu ihrem Vorgehen gab. Ob das im Ergebnis zu denselben Folgerungen führt, ist eine zweite Sache.

Ich möchte anregen, daß wir nicht konfrontieren: Albert Schweitzer gegen Christlich-Demokratische Union, sondern im Gegenteil, wir wollen das Anliegen als solches als ein gemeinsames ansehen. Deshalb warne ich, durch Diskussionsreden hier eine Differenz aufzureißen.

Adenauer: Was sagt man über diese Dinge dem Parteiausschuß? (*Kiesinger:* Das Ergebnis dieser Besprechung. Das Problem muß angepackt werden. Man kann Bezug nehmen auf die Entschließung des Bundestages.) Ich würde vorschlagen, daß der Vorsitzende der Fraktion dem Parteiausschuß etwas sagt. Ich möchte nicht immer dastehen und allein etwas sagen. Sie werden das übernehmen, Herr Krone? (*Krone:* Ja!) Wer könnte dem Herrn Thielicke sagen, daß er seinen Vortrag kürzen möchte? Wir können ja den ganzen Vortrag drucken lassen. Das kann man ihm sagen. Er wird wahrscheinlich druckreif sein, nur fürchte ich, daß dieser Vortrag von über zwei Stunden für den Parteitag zu lange ist. (*Osterloh:* Ich kann nicht dafür garantieren, daß es mir gelingen wird. Herr Thielicke ist ein ziemlich souveräner Mann.) Sie beide, Herr von Hassel und Sie, könnten einmal mit ihm reden. (*Von Hassel:* Wir werden es versuchen. Jeder streicht ihm fünf Minuten.) Sie fühlen sich nicht dazu berufen, Herr Cillien? (*Cillien:* Nein, obwohl ich es geradezu für unglücklich halte, wenn er über zwei Stunden lang spricht.) Herr Thielicke ist ein lebhafter Mann, der auch sehr elegant spricht. Aber es ist eine alte Erfahrung – und Sie können den seligen Demosthenes aus dem Grabe holen –, wer über zwei Stunden lang spricht, den hört die Gesellschaft nicht mehr aufmerksam an. (*Osterloh:* Wir gehen zu zweit zu ihm.)

Noch eins! Wir werden im Laufe des Parteitages im kleinen Kreis die Schritte überlegen müssen, wie wir wegen der Propaganda vorgehen.

STAND DER VORBEREITUNGEN FÜR DEN BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Meyers: Am 30. Juni findet in der Westfalahalle eine Großkundgebung statt. 14 Tage vorher eröffnet Ollenhauer den Wahlkampf für die SPD. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir praktisch schon im Wahlkampf sind. Ich habe in Köln das große Plakat gesehen. Der Wahlkampf hat begonnen. Was die Finanzierung angeht, so ist vorgestern nach monatelanger Verzögerung durch die Regierung in Nordrhein-Westfalen – obwohl die Innenminister schon längst zugestimmt hatten – die Genehmigung gegeben worden, daß die CDU eine Sammlung für die Wahlen veranstaltet, mit Ausnahme von Haus- und Straßensammlungen. Das hatten wir auch nicht vor.

Wir haben durch den Tod von Staatssekretär Lenz einen sehr schweren Verlust erlitten.³⁰ Es ist sichergestellt, daß die Mittel im vopolitischen Raum, die im Wahlkampf eingesetzt werden sollen, weiterlaufen, so daß in Nordrhein-Westfalen das formell in Ordnung geht. Was die Besetzung der einzelnen Wahlkreise mit Geschäftsführern angeht, so wissen die Landesvorsitzenden, daß noch nicht alle Wahlkreise besetzt sind. Ich rege an, daß im Anschluß an den Parteitag die nächste Landesgeschäftsführerkonferenz stattfindet, die sich mit dieser Frage des Wahlkampfes beschäftigen soll. Besprechen Sie bitte mit Ihren Landesgeschäftsführern die Situation, damit auf dieser Konferenz Klarheit geschaffen wird und alle Wahlkreise mit einem Geschäftsführer besetzt werden. Das gleiche gilt für die Überprüfung von Vertrauensleuten. Die SPD hat 51.000 Wahlhelfer – nach ihren Angaben. Man kann davon ausgehen, daß ein guter Teil der SPD-Leute wirkliche Hilfe bei der Wahl leisten wird. Ich habe erlebt, daß ein Ministerialdirigent sich nicht für zu schade hielt, selber in die obersten Stockwerke zu gehen und Flugblätter in die Briefkästen zu werfen.

Unsere Vertrauensleute müssen spüren, weil das Thema nicht in offiziellen Veranstaltungen durch die SPD behandelt wird, sondern durch die Flüsterpropaganda, die uns schon Schwierigkeiten bei den Kommunalwahlen gemacht hat. In den öffentlichen Verkehrsmitteln, in den Betrieben und in den Läden, wo die Frauen kaufen, wird Flüsterpropaganda getrieben. Wir werden hier eine Gegenpropaganda machen. Die Ausstattung mit Filmgeräten und Tonbandgeräten ist so, daß alle Kreise ausgerüstet sind bzw. die Lieferung bevorsteht. Von den Filmen haben wir in der Zwischenzeit 850 Kopien bekommen. Besonders bemerkenswert sind die beiden Ungarnfilme. Die Heimatvertriebenen können wir am besten ansprechen mit Filmen aus ihrer Heimat. Herr Minister Oberländer hat eine Reihe von Filmen für die einzelnen Flüchtlingsgruppen zusammenstellen lassen, die leider hauptsächlich von der SPD in Anspruch genommen werden. Ich bitte Sie, diese Filme zu nehmen und zu verwerten.

Was die Plakate angeht, so werden wir diese unmittelbar nach dem Parteitag vorbereiten. Die Landesverbände wissen, daß umfangreiche Vorbereitungen angelaufen sind. Die Landesverbände haben schon ihre außerordentlichen Parteitage und

³⁰ Lenz war auf einer Dienstreise am 2. Mai 1957 in Neapel verstorben.

Delegiertentage abgehalten, und die Wahlthemen sind schon angesprochen worden. Auch die Dinge im vorpolitischen Raum, die für den Wahlkampf wichtig sind, werden ausgearbeitet von der Bundesgeschäftsstelle oder von den Vereinigungen, die ad hoc zum Teil gegründet worden sind. Umstritten ist die Aktion, die in Westfalen ausgelöst worden ist, die Aktion 1957.³¹ Die Meinungen darüber sind verschieden. (*Lensing*: Die Aktion des Generalvikariats von Münster!) Ja, die kirchlichen Verbände sollen sich in diesem Wahlkampf geschlossen für die CDU einsetzen. In Westfalen steht man auf dem Standpunkt, daß das richtig ist. Es gibt Gegenden, da wird gesagt, das sei eine Sache für die katholische Partei, dadurch würden die Evangelischen weggetrieben. (*Lensing*: Das kann man nicht überall durchführen!) Die Verteilung der Spitzenredner wird ausnahmslos unter taktischen Gesichtspunkten erfolgen müssen. Wir müssen nach den Wahlkreisanalysen die Spitzenredner dort einsetzen, wo sie nach der Lage des Wahlkampfes Gewähr bieten, daß dieser Wahlkreis geholt werden kann. Das letzte Mal ist es so gewesen, daß in Essen zwei Minister zu ein und derselben Frauenorganisation gesprochen haben, während andere große Städte überhaupt keinen Minister bekommen konnten. Das sollten wir in Zukunft vermeiden.

Adenauer: Sie haben den Spitzenrednern für die letzten Wochen 42 Reden auferlegt. Das ist unmöglich. (*Meyers*: Ich weiß nicht, woher Sie die Zahl haben!) Durch Addition. (*Meyers*: Ich kenne keine Parteifreunde-Addition!) Das ist eine faule Ausrede. Wieviel haben Sie, Herr von Brentano? (*Von Brentano*: Über 40!)

Heck: Herr Erhard hat in sechs Wochen 75 Wahlversammlungen. Herr Ehlers hatte beim letzten Wahlkampf 82.

Meyers: Die FDP-Fraktion des Landtages hat beim letzten Wahlkampf zu den Kommunalwahlen an 30 Tagen jeweils zwei Redner eingesetzt; das haben die auch eingehalten.

Adenauer: Sie sagen, die Mitglieder der FDP-Landtagsfraktion! Hier haben Sie die Bundesminister mit über 40 Reden belastet. Das ist doch unmöglich. (*Meyers*: Ich weiß es nicht!) Ich weiß es aber. Die Herren müssen doch auch sonst noch etwas tun. (*Meyers*: Wir müssen die Wahl gewinnen!) Ich versichere Ihnen, wenn Sie die Bundesminister im Lande herumreisen lassen und jeder hält 40 Reden, dann sehen Sie nachher ein schönes Durcheinander. Es muß doch eine Kostbarkeit bleiben, wenn ein Minister des Kabinetts spricht. Wieviel Reden hat Herr Schröder? (*Heck*: 80! – *Schröder*: Ich habe sie noch nicht addiert!) Herr Heck schlägt 80 vor.

Meyers: Es ist so, daß die Redner, die kein Mandat haben, überhaupt nicht geschätzt werden, und wenn sie noch so gut reden. (*Dichtel*: Es muß ein Mandat

31 Für die sog. Aktion 57 der Diözese Münster sollten in den einzelnen Dekanaten und Pfarreien lokale Ausschüsse gebildet werden, um Versammlungen in den konfessionellen Vereinen und Verbänden durchzuführen mit dem Ziel: Wahlsieg der Regierung Adenauer und Fortsetzung seiner Politik auch nach den Bundestagswahlen. Der damalige Domkapitular und spätere Bischof von Münster, Heinrich Tenhumberg, war für diese Aktion verantwortlich (Materialien in ACDP III-002-264 und 265).

dabeisein!) Es ist ein Zug der Zeit, der dadurch begründet wird, daß die Minister Repräsentationsverpflichtungen haben, daß sie in viele kleine Veranstaltungen kommen.

Adenauer: Das entwertet aber das Ganze. Ich will Ihnen das nur sagen.

Meyers: Es gibt gewisse Dinge, die wir als Form des Wahlkampfes nur sehr schwer verwerten können. Herr Heck sagt, wir bekämen zwei Kabaretts. Die SPD hat sechs der bekanntesten Kabaretts verpflichtet: die Scheinwerfer von Dortmund, das Podest von Mainz, die Amnestierten von Kiel, die Stachelschweine von Berlin, die Kleinen Fische von München. (*Zuruf:* Das sind nur fünf! – *Von Brentano:* Die haben mehr Geld als wir!) Den Herrn Neumann³² haben sie für eine politische Revue aufgestellt. (*Lemmer:* Der richtige Insulaner macht nicht mit!³³)

Adenauer: Ich bin „weltfremd“. Wer ist Insulaner?

Kiesinger: Das einzige Kabarett in Deutschland, das positiv zu Ihnen steht!

Meyers: Die SPD hat den Gedanken, Heimatabende mit Volkskunst, Tanz usw. zu veranstalten. In diese Abende sind politische Reden von 20 Minuten Dauer eingestreut. Sie lassen auftreten den Oberbürgermeister, den Bürgermeister oder den Fraktionsvorsitzenden. Diese werden durch den Ansager dem Publikum vorgestellt, und dann sagen sie einige beachtliche Sätze über das politische Wollen. (*Von Brentano:* Wieso beachtlich? – *Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Ich würde mir Leute aussuchen, die in diese Kabaretts hineingehen und dort Zwischenrufe machen. (*Meyers:* Das wäre eine Aufgabe für die Junge Union!) Bei guten Zwischenrufen haben sie die Lacher immer auf ihrer Seite. (*Stoltenberg:* Gegen eine Kabarett Sitzung kommt man nicht an!) Sie haben es ja noch gar nicht versucht!

Meyers: Rock-and-Roll-Abende spielen auch eine Rolle; aber das ist für uns uninteressant, weil dort ein Publikum erscheint, das nicht wahlberechtigt ist.³⁴ Ich weiß nicht, warum man das macht; vielleicht will man damit Stimmung in den Familien erzeugen. (*Zuruf:* Vater und Mutter wählen für mich SPD. – *Heiterkeit.*) Was mir Sorgen macht, ist das, daß die SPD für die Betriebe einen Sozialsekretär einsetzen will. Dieser Mann hat Zeit, sich um die Flüsterpropaganda in den Betrieben zu kümmern. Wir müssen dafür sorgen, daß wir hier eine klare Disposition haben und daß sie an unsere Vertrauensleute weitergegeben wird, damit sie das in den Betrieben vertreten.

Die Stimmung in der Bevölkerung ist unterschiedlich. Nach dem augenblicklichen Stand der Vorbereitungen zur Bundestagswahl können wir sagen, sie sind so weit getroffen, daß der Wahlkampf zu dem betreffenden Termin in voller Breite anlaufen

32 Klaus-Günter Neumann (geb. 1920), Schauspieler, Komponist, Textdichter, Kabarettist (u.a. „Bundesdorf Berlin“).

33 Günter Neumann (1913–1972), Schriftsteller und Komponist, 1948–1949 Herausgeber der Zeitschrift „Der Insulaner“, Mitarbeiter des RIAS (Sendereihe „Günter Neumann und seine Insulaner“).

34 Das Wahlalter betrug 21 Jahre.

kann. Wenn die SPD in 10.000 Orten 10.000 Versammlungen machen will nach dem 16. Juni, so wird dieser Paukenschlag zu früh erfolgen; denn man kann nicht vom 16. Juni bis zum 15. September die Dinge auf der Höhe halten.

Adenauer: Am wichtigsten scheint mir die Einstellung von Sozialsekretären für die Betriebe zu sein. Die Frage ist: Was machen wir? Da ist die unangenehme Geschichte von den katholischen Bischöfen.³⁵

Lemmer: Ich habe gestern ganz zuverlässig folgendes erfahren: Der Berliner Landesverband der SPD schickt Funktionäre aus Ost-Berlin nach Westdeutschland, wo sie als die Berliner Widerstandskämpfer gefeiert werden, um einheitlich überall auszustreuen, daß von der Bevölkerung der Zone und Berlins der Bundeskanzler völlig abgelehnt werde. Es sei ein Irrtum zu glauben, daß er Widerhall fände in der Bevölkerung Mitteldeutschlands, und zwar als Feind der Wiedervereinigung.

Meine Freunde! Es genügt nicht, davon Kenntnis zu nehmen. Die Exil-CDU und der Landesverband Berlin werden dafür Sorge tragen, daß in ähnlicher Weise echte Leute aus der Zone nach Westdeutschland gebracht werden, um festzustellen, wie die Stimmung der Bevölkerung wirklich ist.

Gradl: Das ist sehr richtig, was Lemmer sagt. Wir haben schon einige eingesetzt. Wir wollen Leute, die in den letzten Monaten aus der Haft entlassen worden sind. Es gibt darunter ausgezeichnete Leute, die acht oder zehn Jahre als christliche Demokraten gesessen haben. Die wollen wir für den Wahlkampf einsetzen. Wir können nicht Leute von uns, die in der Zone sind, holen. Jeder von uns, der herüberkommt, ist sofort in Gefahr, wenn er wieder dorthin zurückgeht. Aber die entlassenen Häftlinge können wir einsetzen. Wir haben 30 bis 40 ausgezeichnete Leute, die bereit sind, das zu machen, wenn man ihnen den Ausfall finanziell ersetzt.

Ich habe die Bitte, daß auf dem Parteitag eine Entschließung gefaßt wird, über die wir uns im einzelnen noch unterhalten können. Wir müssen ein sehr entschiedenes Wort für diejenigen sagen, die noch in Haft sind. Wir haben eine Liste von 75 Leuten mit Namen vorbereitet, wo sie sitzen usw. Das müßte in der letzten Plenarsitzung des Parteitages verteilt werden. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Adenauer: Der Gedanke, den Herr Gradl entwickelt hat, ist sehr gut. Ich höre von Herrn Heck, daß eine Tagung von 30 solchen Leuten, die lange im Gefängnis gewesen sind, stattgefunden hat. Können Sie nicht noch mehr herbeischaffen? Am Geldmangel wird das nicht scheitern; denn das ist sehr wichtig. (*Schröder:* Wie ist es mit den Spätheimkehrern?) Die sollen eingesetzt werden. Wie ist es damit, Herr Heck?

Heck: Wir haben mit einer größeren Gruppe von Spätheimkehrern verhandelt. Wir müssen uns auf die beschränken, die einigermaßen in der Lage sind zu sprechen. Das ist nicht bei allen der Fall.

35 Die Bischöfe hatten am 6. November 1955 die Gründung der Christlichen Gewerkschaften begrüßt (HERDER-KORRESPONDENZ 1955/56 S. 100) und ihre Unterstützung am 2. Mai 1957 bekräftigt.

Gurk: Es ist schon recht mit den Spätheimkehrern und mit den Leuten aus der Ostzone, aber wie kommen wir in die Betriebe hinein? Die Gewerkschaften werden große Propaganda machen. Es gibt nur eines: die Gründung christlicher Betriebsgruppen. Das möchte ich nachdrücklich gesagt haben; denn sonst haben wir in den Betrieben keine Resonanz und keine Möglichkeiten.

Wir haben in unserem Land schon Sozialsekretäre eingestellt, die versuchen, christliche Betriebsgruppen zu gründen. Es ist kein Zweifel, daß der Wahlkampf von der SPD schwerpunktmäßig mit den Gewerkschaften in den Betrieben geführt wird.

Adenauer: Es scheint, daß Sie nicht die neueste Aktion der katholischen Bischöfe kennen. Die neueste Aktion der katholischen Bischöfe macht diese christlichen Gruppen einfach kaputt!³⁶ Sie fordert auf, nur für Christliche Gewerkschaften zu sorgen. Sie macht sowohl Ihre Sozialausschüsse wie die Christliche Kollegenschaft³⁷ von Pater Reichel³⁸ kaputt. Die Leute sind sogar zurückgezogen aus ihrer Arbeit! Das finde ich geradezu himmelschreiend! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das ist doch so unklug! Ich habe es versucht. Wer steht besonders gut mit dem Kardinal Frings³⁹? Aber der ist in Tokio. Ich will es auch weiter versuchen, aber wenn es einer von Ihnen tut, ist es vielleicht wirkungsvoller, damit er diese Aktion ruhenläßt bis nach den Wahlen.

Storch: Wenn auf diesem Gebiet etwas getan werden soll, dann muß mit dem Erzbischof Jäger⁴⁰ von Paderborn ein sehr ernstes Wort gesprochen werden.

Adenauer: Herr Storch! Der Herr Jäger ist absolut meiner Meinung! (*Storch:* Das meine ich doch!) Ja, aber er kann nichts dagegen tun! Die Sache ist schon in Rom. Ich bin ziemlich genau im Bilde. Ich tue, was ich kann. Der Kardinal Frings muß dazu gebracht werden, daß er sagt: Das muß gestoppt werden bis nach den Wahlen, damit wir an die Sache herankommen. Herr Jäger kann nichts machen.

Storch: Kardinal Frings ist nicht da. Ich wollte nur sagen, es muß dafür gesorgt werden, daß durch die anderen Bischöfe die Sache bis zu seiner Rückkehr abgeschafft wird. Und da ist Herr Jäger der stärkste Mann.

Adenauer: Wer sagt denn, daß Herr Jäger sein Vertreter ist? (*Storch:* Ich habe nicht gesagt, daß er sein Vertreter ist; ich kenne aber ungefähr die Schwergewichte unter den Bischöfen.) Das ist eine sehr ernste Frage. (*Lensing:* In Paderborn rennen wir offene Türen ein!) Ich weiß, wie der Erzbischof Jäger denkt. Er denkt hundertprozentig

36 Wortlaut der Erklärung der Bischöfe vom 2. Mai 1957 in HERDER-KORRESPONDENZ 1956/57 S. 402f.

37 Die Christlich-Soziale Kollegenschaft verstand sich seit 1953/54 als innergewerkschaftliche Gruppierung der christlich-sozialen Kräfte im DGB; 1960 erfolgte die Trennung (Organ 1954–1979: „Gesellschaftspolitische Kommentare“).

38 In der Vorlage: Reichert. – Dr. Herbert Reichel (1913–1983), SJ, war Berater der Kollegenschaft bis 1965/66.

39 Dr. Josef Frings (1887–1978), 1942 Erzbischof von Köln, 1946 Kardinal, 1945–1965 Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz. Zu seiner Japanreise vgl. „Die Welt“ vom 10. Mai 1957.

40 Lorenz Jäger (1892–1975), 1941 Erzbischof von Paderborn, 1965 Kardinal.

anders. Aber das Ganze ist eine sehr, sehr üble Geschichte. Wie ist es mit dem Erzbischof von Freiburg?⁴¹

Gurk: Ich bin davon überzeugt, wir können es ohne weiteres durchziehen bis zu den Wahlen. Ich habe nicht die geringsten Bedenken, daß es bei uns Schwierigkeiten machen wird. (*Dichtel:* Er wird in dieser Frage nicht besonders aktiv werden!)

ABLAUF DES BUNDESPARTEITAGES

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir haben gleich noch den Parteiausschuß und dazu eine Reihe von Entschließungen dem Ausschuß vorzuschlagen. Diese Formalien müssen gemacht werden, wer Vorsitzender und Stellvertreter werden soll. Wir haben aber auch einen Magen und nicht nur ein Gehirn. Vielleicht sagen Sie schnell die Formalien, die wir dem Ausschuß geben müssen.

Heck: Ich darf mich auf das beschränken, was vom Bundesvorstand dem Parteiausschuß vorgeschlagen werden soll. Zunächst zum Präsidium! Der geschäftsführende Vorstand schlägt vor, daß gemäß der Gepflogenheit der bisherigen Parteitage zum Präsidenten des Parteitages Herr Scharnberg gewählt wird und als Stellvertreter Herr von Hassel. Weitere Mitglieder des Präsidiums: Frau Staudinger⁴², Frau Konrad⁴³, Theo Blank, Minister Lemmer, Johnen und Ministerpräsident Gebhard Müller. (*Zuruf:* Noch nicht eingetroffen!)

Johnen: Nehmen Sie für mich einen anderen. Nehmen Sie einen tüchtigen!

Heck: Für das Redaktionskomitee werden vorgeschlagen: Dr. Gerstenmaier, Kiesinger, Dr. Meyers, Dr. Arnold, Dr. Schröder, von Hassel, Pettenberg, Arndgen und Dr. Hellwig.

Für die Mandatsprüfungskommission: Dr. Fay, Müllenbach und Zettel⁴⁴.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es tritt dann auch die Saarfrage auf. Es ist ein Beschwerdebrief von Herrn Ney gekommen, daß wir die Herren von der CVP, die Hospitanten in unserer Fraktion geworden sind, heranziehen. Die ganze Sache ist ein Skandal!⁴⁵ (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wenn die Herren morgen kommen, bin ich dafür, daß wir zu fünf Mann die Leute geistig totschiessen! (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Krone:* Nicht die beiden von der CVP!) Nein, die anderen. Das Ganze ist allein gescheitert an Dr. Ney und Herrn Albrecht. (*Krone:* Ob Dr. Ney kommt, ist fraglich! – *Meyers:* Er kommt nicht!) Wir brauchen nur die Stimme von Herrn Albrecht. Aber die Saarfrage ist katastrophal. Die machen jetzt noch mehr Scherereien als vorher, und es kostet

41 Eugen Seiterich.

42 Käte Staudinger (geb. 1908), Mitgründerin der CDU Hamburg, 1953–1970 MdHB.

43 Dr. Berta Konrad (geb. 1913), 1956–1960 MdL Baden-Württemberg (CDU).

44 Heinz Zettel (geb. 1909), Landesgeschäftsführer der CDU Hamburg, 1957–1974 MdHB.

45 Zu den Entwicklungen im Saarland vgl. die detaillierte Schilderung bei SCHMIDT 3 S. 548–627, hier insbesondere zu den Verhandlungen ab April 1957 S. 570ff.

noch mehr Geld. Wie sollen wir es machen? Sollen wir ein Telegramm an Herrn Ney schicken?

Heck: Herr Ney hat sich telegrafisch entschuldigt; da z.Z. die Regierung neu gebildet werde, sei es ihm nicht möglich. (*Adenauer:* Ist gar nicht wahr! – *Meyers:* Der Landesgeschäftsführer ist gleich da!⁴⁶) Der kann über den Herrn Ney nichts machen. Ich schlage vor, ein Telegramm mit meiner Unterschrift an Herrn Ney zu schicken, er würde dringend ersucht, an einem der Tage nach hier zu kommen.⁴⁷ Es handelt sich um eine entscheidende Frage der Partei. (*Hellwig:* Es ist nur die Frage, ob gegen die Aufnahme von zwei Hospitanten etwas gesagt wird. – *Krone:* Wenn sie zu uns kommen, werden sie aufgenommen!) Wenn der Kather käme, würden Sie es tun? (*Heiterkeit.*)

Heck: Meine Damen und Herren! Es liegen Ihnen verschiedene Entschließungen vor.⁴⁸ Darunter befindet sich ein Entwurf für ein Manifest, das der Parteitag verabschieden soll; ferner der Entwurf einer Entschließung zur Wirtschaftspolitik; es handelt sich um eine Ausarbeitung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses; dann der Entwurf über Verkehrspolitische Leitsätze des Unterausschusses Verkehr vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß. Es ist vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß vorgeschlagen worden, diese Entschließung in die Gesamtentschließung einzuarbeiten. Es liegen weiter folgende Entschließungsentwürfe vor: Zur Agrarpolitik vom Agrarpolitischen Ausschuß, zur Gesundheit vom Gesundheitspolitischen Ausschuß, zur Regelung des Krankenhauswesens vom Bundesgesundheitsausschuß, Aktuelles Wahlprogramm zur Jugendpolitik der CDU vom Jugendbeirat der CDU, Resolutionsvorschläge des Landesverbandes Oder-Neiße und des Bundesvertriebenenausschusses der CDU.

Es ist nicht möglich, alle diese Resolutionen hier in dieser Vorstandssitzung zu behandeln. Ich schlage daher vor, sie an das Redaktionskomitee mit dem Auftrag zu überweisen, [sie] für eine weitere Vorstandssitzung, die vor der Schlußsitzung sein muß, in geeigneter Weise auszuarbeiten.

Ich muß noch darauf aufmerksam machen, daß der Bundesvorstand einen Beschluß gefaßt hat, daß Entschließungsentwürfe, die bis zum 31. März nicht eingegangen sind, nicht bearbeitet werden können. (*Weber:* Kommt keine Entschließung zur Atomfrage?) Ich habe nur zu berichten über die Entschließungen, die von den Ausschüssen vorgelegt worden sind. Es wird Sache des Vorstandes bzw. des Redaktionskomitees sein, derartige Entschließungsentwürfe vorzubereiten.

Es ist ein Schreiben vom DGB eingegangen, nicht an den Parteitag, sondern an den Vorstand, in dem darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Regelung für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, wie sie im Ausschuß von der CDU-Fraktion vertreten worden sei, nicht übereinstimme mit unserer Entschließung auf dem Stuttgarter Parteitag. Wir brauchen diese Sache nicht auf dem Parteitag zu behandeln, sondern

46 Helmut André (geb. 1915).

47 Ney lehnte eine Teilnahme an Verhandlungen in Bonn ab (vgl. SCHMIDT 3 S. 585–592).

48 Zusammenstellung in ACDP VII-004-121/2.

wir werden uns in einer anderen Vorstandssitzung damit beschäftigen und dann dazu Stellung nehmen.⁴⁹ Ich möchte es heute nur vorgetragen haben.

Adenauer: Sind Sie zunächst mit den personellen Vorschlägen einverstanden? (*Johnen:* Ich bitte, mich abzulösen!) Ich bitte, den Antrag des Herrn Johnen abzulehnen. – Ich stelle fest, daß Sie das getan haben! (*Heiterkeit.*)

VERSCHIEDENES

Oberländer: Ich möchte vorschlagen, daß wir aus dem 17. Juni als Nationalfeiertag des deutschen Volkes einen Opfertag machen und den Feiertag auf einen Sonntag vorher legen, daß an diesem Tage gearbeitet wird und daß der Ertrag dieses Tages zur Verfügung gestellt wird. (*Lebhafter Widerspruch.*)

Adenauer: Moment, meine Damen und Herren! Hier ist ein Mißverständnis eingetreten. Verzeihen Sie, Herr Oberländer, wenn ich unterbreche. Herr Oberländer meint so: Die Feier soll gelegt werden auf den vorhergehenden Sonntag; am 17. soll aber gearbeitet werden. (*Zurufe:* Das ist natürlich etwas anderes!)

Oberländer: Ja, am 17. soll gearbeitet werden, (*Zuruf:* Haben Sie eben nicht gesagt!) und der Ertrag dieser Arbeit soll der Zone zur Verfügung gestellt werden. Dazu ist ein Beschluß des Bundestages notwendig. Ich bin davon überzeugt, daß keine Fraktion dagegen sein wird. Im übrigen wird das seine Wirkung auf die Zone genauso wenig verfehlen wie auf den Westen. Ich bin davon überzeugt, daß wir die Sache durchbringen werden.

Die technischen Schwierigkeiten bezüglich der freien Berufe sind zu überwinden. Da man unsere Opferfreudigkeit angezweifelt hat in der letzten Zeit, möchte ich doch der Meinung sein, daß wir das beschließen können.

Wenn wir es nicht durchbringen, besteht die Gefahr, daß die andere Seite es durchbringt. Die 23 % Flüchtlinge werden dadurch sehr stark angesprochen.

Adenauer: Nehmen Sie einen Geschäftsmann! Wie wollen Sie bei dem feststellen, was er an einem Tage erworben hat?

Oberländer: Wenn gearbeitet wird, können beide dafür opfern. Bei den Beamten ist es möglich. Im übrigen findet Herr Schäffer einen Weg, was von den freien Berufen gespendet werden soll. Wir müssen den Mut zu einem solchen Schritt haben. Die Gewerkschaften können nicht ausspringen und der Bundestag auch nicht. Warum soll der Gedanke nicht von uns kommen? Er kommt bestimmt eines Tages. Es ist der einzige Weg, um dem Westen wie der Zone begreiflich zu machen, daß wir bereit sind zu opfern. Im Bundestag haut man uns um die Ohren, daß wir nichts täten für die Wiedervereinigung. (*Zuruf:* Was machen Sie mit dem Geld?) Glauben Sie, daß es schwer sein wird? Es gibt hundert Dinge, für die man es nehmen kann.

⁴⁹ Das Schreiben wurde urschriftlich am 22. Mai 1957 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weitergeleitet und sollte von den Experten beantwortet werden (Alois Schardt an Krone vom 22. Mai 1957 – ACDP VII-002-277; Antwort nicht zu ermitteln).

Adenauer: Haben Sie den Hirtenbrief neulich von den katholischen Bischöfen gehört?⁵⁰ Ich bin aus der Kirche gekommen und habe gesagt, das ist nicht wahr, und dann habe ich mich belehren lassen müssen, daß es doch wahr ist. (*Oberländer:* Das Material ist aus meinem Hause!)

Meyers: Herr Oberländer hat gesagt, das Geld sei für die Zone. In der Zone können Sie nichts damit machen.

Oberländer: Sie können Pakete hinüberschicken usw. Es gibt schon Wege, nur habe ich das Geld nicht dazu.

Von Brentano: Ich habe erhebliche Bedenken gegen den Vorschlag. Ich möchte nicht bestreiten, daß er richtig gedacht ist, aber glauben wir ernsthaft, daß wir jetzt einen bezahlten Feiertag abschaffen können? Ob der Bundestag und die Gewerkschaften das mitmachen ... (*Oberländer:* Ja!) Man wird uns sagen: Das macht die CDU, und wir müssen das Opfer aufbringen. Der Arbeiter bekommt seinen bezahlten Feiertag gestrichen.

Adenauer: Ich bin anderer Ansicht. Jeder soll sich dekorieren. Ich finde den Gedanken an sich richtig. Ich würde vorschlagen, die Sache dem Ausschuß zu überweisen. Der soll dann unter Berücksichtigung der hier geäußerten Meinungen darüber beraten und dem Vorstand Bericht erstatten.

Johnen: Vor zwei Jahren haben wir uns im Lande Nordrhein-Westfalen mit dem gleichen Gedanken befaßt. Er war damals angeregt worden von der Arbeitgeberseite, wenn ich nicht irre. Aber wir haben den Gedanken fallenlassen müssen, weil die Durchführung zu schwierig war. Das Gutachten des Justizministeriums lautete: Die Sache verstößt gegen das Grundgesetz. Auch die Fühlungnahme mit dem DGB damals ist auf keinen guten Boden gestoßen.

Adenauer: Das schadet ja nichts. (*Johnen:* Die Frage ist nicht so einfach, auch rechtlich!) Überweisen wir mal zunächst die Sache an den Ausschuß. Und dann kommt es noch einmal in den Vorstand. Sind Sie damit einverstanden? – Ich stelle das fest.

Damit wollen wir schließen, meine Damen und Herren.

50 „Hirtenwort zur Not der Spätaussiedler“ – Erlaß Nr. 171 vom 17. April 1957 („Kirchlicher Anzeiger“ für die Erzdiözese Köln).